

mo



MAGAZIN FÜR
MENSCHENRECHTE NR. 41

**MODELLFALL
KLOSTERNEUBURG**
Flüchtlingspolitik
mal anders

**DER BUNDESRICHTER
ALS KOLUMNIST**
Thomas Fischer
im Interview

FLÜCHTLINGE IN ÖSTERREICH
WIE WIR HELFEN



Kathi Bucsits, Foto: Karin Wasner

Kathi Bucsits, 20, kommt aus Salzburg und studiert in Wien Kultur- und Sozialanthropologie. Sie ist seit Anfang des Einsatzes täglich am Westbahnhof gewesen. „Es gibt so viele Vorurteile, niemand will genauer hinschauen. Das sind keine schlechten Menschen, sie wollen kein Geld, sie wollen nur endlich in Sicherheit sein. Die ganze lange Zeit die ich hier bin, hat mich nicht einer blöd angemacht, ich erfahre nur unendliche Dankbarkeit.“

A Liebe Leserin Lieber Leser

Als Terroristen des IS die verheerende Anschlagsserie in Paris mit bis dato 130 Toten verübten, stand diese Ausgabe von MO unmittelbar vor der Drucklegung. Der Titel des Covers wird nun auch in anderer Hinsicht bedeutsam. Während rechte Parteien in ganz Europa Menschen, die vor dem Terror fliehen, als Wirtschaftsflüchtlinge zu diskreditieren versuchen, benutzen sie nun auch die Gefahren des Terrorismus, um Asylsuchende abzuwehren. Erste Staaten wie Polen kündigten bereits an, sich aus der Quote auszuklinken. Das humanitäre Engagement der vielen Freiwilligen in Österreich steht in Gefahr, als naiv verunglimpft zu werden. Jene in der Politik, die Verantwortung tragen wollen, müssen dafür sorgen, dass das nicht passiert. Beispiele wie in Klosterneuburg (siehe Interview) zeigen, wie Politik und Zivilgesellschaft konstruktiv zusammenarbeiten können.

P.S. Die letzten verfügbaren Zahlen des Innenministeriums zur Herkunft der Flüchtlinge weist für September aus: 86 Prozent stammen aus jenen drei Ländern, in denen Krieg und IS-Terror herrscht: Syrien, Irak und Afghanistan.

Spannende Momente wünscht
Gunnar Landsgesell



Foto: Karin Wasner



Foto: Karin Wasner



Foto: Karin Wasner

Einstieg

3 EDITORIAL

4 INHALTSVERZEICHNIS

7 HANDLUNGSBEDARF

Während staatliche Stellen auf Abschreckung setzen, retten freiwillige HelferInnen Menschenleben.

Kommentar: Alexander Pollak

Dossier: Flüchtlinge in Österreich

8 OHNE EMPATHIE GEHT ES NICHT

Ein Gespräch mit dem deutschen Bundesrichter Thomas Fischer über Migration, Hartz IV und ein Leben ohne Stromausfälle.

Interview: Ali Cem Deniz

12 DIE VILLA DER VERTRIEBENEN

Jugendliche aus Syrien und Afghanistan allein in Österreich. Wer kümmert sich um sie? Und wie geht es weiter? Ein Besuch im Georg Danzer Haus in Stockerau.

Reportage: Ali Cem Deniz

15 IMPRESSUM

16 DAS IST EIN SPIEL MIT MENSCHEN

Stefan Schmuckenschlager, Bürgermeister von Klosterneuburg, hat Flüchtlinge in einer leeren Kaserne untergebracht. Freiwillig, vor einem Jahr. Ein Gespräch zwischen Schmuckenschlager und AI-Chef Heinz Patzelt über Niederungen und Lichtblicke der Flüchtlingspolitik.

Interview: Gunnar Landsessel, Alexander Pollak

20 WARUM WIR HELFEN

MO-Bildredakteurin Karin Wasner ist zum Westbahnhof gefahren, um jene Menschen zu portraituren, die dort freiwillig und unentgeltlich helfen.

Fotostrecke und Text: Karin Wasner

26 ANGEKOMMEN. WAS NUN?

Rund 56.000 Menschen haben von Jänner bis September in Österreich um Asyl angesucht. Nicht alle werden bleiben. Wir haben ExpertInnen gefragt, welche Schritte in Bereichen

wie Arbeit, Bildung und Wohnen nun folgen müssen.

Mit Beiträgen von Kilian Kleinschmidt, Johannes Kopf, Markus Marterbauer, Josef Kohlbacher, Rainer Eppel, Alexandra Adam, Markus Reiter, Heidi Schrodtr, Sonja Ablinger.

33 0,2 PROZENT DES BIP

Was kostet ein Flüchtling den österreichischen Staat, und welche Investitionen löst er aus? Eine ökonomische Kosten-Nutzen-Analyse, die aber nicht alles sein kann.

Text: Sonja Dries

34 AUFKLÄRUNG STATT AUSGRENZUNG

600 De-Radikalisierungskurse hat das Bildungsministerium finanziert. Was bringen sie und wie laufen sie ab?

Text: Sonja Dries

Rubriken

37 BÜCHER, FILME

Buchrezension: Die Hipster;
2x5 im Portrait: MO-Kolporteur Andrej Burlan

38 KOLUMNEN

Martin Schenk: Wir brauchen Anerkennungs-, nicht Abhängigkeitsverhältnisse.

Philipp Sonderegger: Österreich hat die Krise, weil Asyl nicht europäisiert wurde.

Clara Akinyosoye hält „Asyl auf Zeit“ für Realitätsverweigerung.

40 BÜCHER, FILME, EBOOKS

Die Netzwerk-Orange; Last Shelter, Einer von uns; Nowhere Men; Im Schatten der Ringstraße; This Human World Festival; Bio? Die Wahrheit über unser Essen; Weil es um die Menschen geht; Was Linke denken; Menschenrechte; Neoliberalismus; 1001 Steps

45 SOS MITMENSCH

Pass egal Wahl: 1200 WahlsiegerInnen

46 ANDERE ÜBER...

Tatjana Petrovic, Künstlerin aus Graz, beschreibt, wie sie Flüchtlinge betreut - ohne Tabus.

Brillen.manufaktur[®]

1070 Wien, Neubaugasse 18
Mo-Fr 10.00–18.30 Uhr
Sa 10.00–17.00 Uhr
www.brillenmanufaktur.at

SCHARFNET

GERADE ERSCIENEN!

Der neue Bericht zu ANTIZIGANISMUS IN ÖSTERREICH



Romano Centro präsentiert mehr als 60 aktuelle Fall-dokumentationen aus Medien, Politik, Internet, Arbeitswelt und anderen Bereichen.

Kostenlose Bestellung unter:
office@romano-centro.org oder
Tel. 01 7496336 15

Download unter: www.romano-centro.org



bezahlte Anzeige

www.infoservice.sozialministerium.at

Informationen und Orientierungshilfe über die Dienstleistungsangebote von Organisationen und Einrichtungen im sozialen Bereich in Österreich

sozial
MINISTERIUM



Österreich sozial

Die größte Datensammlung sozialer Einrichtungen im gesamten Bundesgebiet informiert über:

- Vereine und Verbände
- Selbsthilfegruppen
- Interessenvertretungen
- Wohlfahrtseinrichtungen
- Behörden
- und viele andere mehr



Soziale Dienste

bietet einen Überblick über das bundesweite Angebot an Mobilien Sozialen Diensten, wie z.B. 24-Stunden-Betreuung, Heimhilfe, Hauskrankenhilfe, Essen auf Rädern und vieles andere mehr.



Alten- und Pflegeheime

stellt Informationen über das umfangreiche Angebot an stationären Altenwohn- und Pflegeeinrichtungen sowie betreutem Wohnen in ganz Österreich zur Verfügung.



sozialministerium.at



fb.com/sozialministerium

INTERNATIONAL
HUMAN RIGHTS FILM FESTIVAL

this human world 2015

3. DEZ.
BIS 11. DEZ.

GARTENBAUKINO BRUNNENPASSAGE
SCHIKANEDER FILMCASINO TOPKINO

www.thishumanworld.com



Wiener Pass Egal Wahl
6. Oktober 2015

WählerInnenstau -
Reform dringend notwendig!





Illustration: Petja Dimitrova

ASYLPOLITIK

Unschätzbare Dienste

Während staatliche Stellen alles daran setzen, möglichst wenige Flüchtlinge aufzunehmen, retten freiwillige HelferInnen Menschenleben, Werte und vielleicht auch Europa.

Kommentar: Alexander Pollak

Das Ziel des Innenministeriums lautet schon seit vielen Jahren, Österreich möglichst unattraktiv für Flüchtlinge zu machen. Sinkende Aufnahmezahlen werden als Erfolg gefeiert, steigende Zahlen als Belastung oder gar Bedrohung angesehen. Auch jetzt wird es als bedrohlich empfunden, wenn Flüchtlinge österreichischen Boden betreten, und als Erfolg verbucht, dass der überwiegende Teil nicht in Österreich bleibt, sondern Richtung Norden weiterzieht.

Für diesen „Erfolg“ wurden im Sommer 2015 unmenschliche Zustände im Erstaufnahmezentrum Traiskirchen in Kauf genommen und verwaltet. Der ehemalige UNO-Krisenmanager Kilian Kleinschmidt hielt dazu in einem Interview mit dem „Standard“ fest: „Wäre ich im Sommer Manager von Traiskirchen gewesen, ich hätte bestimmte bautechnische Restriktionen einfach nicht akzeptiert. Da muss sich erst jemand hinstellen und mir sagen: „Nein, du verteilst jetzt keine Matratzen!“ Ich verteile sie doch.“

Verteilt wurden schließlich Isomatten und kleine Zelte, allerdings nicht von staatlichen Stellen, sondern von freiwilligen HelferInnen. Es wurden Sammelaktionen gemacht und zu Hunderten fuhren Freiwillige nach Traiskirchen und zu den diversen Zeltlagern, die vom Innenministerium errichtet wurden, um vor Ort zu helfen.

Auch als sich Flüchtlinge mit Zügen aus

Ungarn Richtung Österreich in Bewegung setzten, waren es Freiwillige, die als erste zu den Bahnhöfen kamen, um die Menschen zu versorgen. Hilfsorganisationen folgten. Der Staat schickte lediglich die Polizei.

Und es waren mutige Freiwillige, die, als die ungarische Regierung die Flüchtlinge zu blockieren und festzusetzen begann, über die Grenze fuhren und Menschen versorgten und mitnahmen. Erst danach öffnete der Staat seine Schleusen. Hilfsorganisationen und Freiwillige übernahmen die Betreuung und Versorgung der zigtausend Menschen, die die Grenze passierten.

Die vergangenen Wochen und Monate haben gezeigt, dass der unmenschliche Umgang mit Flüchtenden sowie ein verführerischer und zugleich zerstörerischer nationalistischer Egoismus auf zwei Ebenen bekämpft werden können und bekämpft werden müssen: auf gesamt-europäischer Ebene und auf lokaler Ebene durch die Tatkräftigen Menschen.

Es war diese Tatkräftigkeit von Menschen unterschiedlichster sozialer, ethnischer, religiöser Herkunft, die nicht nur Menschenleben gerettet, sondern auch die Idee eines gemeinsamen, offenen Europa am Leben gehalten hat.

Ohne den Idealismus der beteiligten Menschen wäre Europa wahrscheinlich bereits nach kurzer Zeit an der Weigerung der meisten EU-Staaten, Flüchtlingen aktiv zu helfen, erstickt.

Lichte Momente

Selbst die österreichische Innenministerin hatte im Sommer 2015 plötzlich ein Moment, in dem sie Nationalismus als Problem und nicht als Lösung benannte. Sie sprach wortwörtlich davon, dass Europa an der Flüchtlingsfrage scheitern werde, wenn Nationalismus die Oberhand gewinne. Und sie forderte, dass Menschen, die eine Chance auf Asyl haben, auf legalem Weg nach Europa gelangen können sollen.

Kurze Zeit später präsentierte Mikl-Leitner jedoch wieder eine ganz andere Prioritätenliste, eine, auf der Grenzbefestigungen ganz oben standen. Die Einsicht, dass Grenzbefestigungen, ohne die vorhergehende Schaffung legaler und sicherer Fluchtwege, Not, Leid und Chaos bloß verlagern und vergrößern, war wieder verflogen.

Es wird wohl auch in den kommenden Monaten weiter an den positiv Tatkräftigen liegen, den Regierenden, den Ängstlichen und auch den Hassenden zu zeigen, dass jeder Einzelne von uns die Möglichkeit hat, Werte der Menschlichkeit aktiv zu leben und damit die eigene Situation und die anderer Menschen zu beeinflussen.

Die Webseite von SOS Mitmensch, auf der Informationen aufgelistet sind, wie man als Privatperson Asylsuchenden und Flüchtlingen in unterschiedlichster Weise helfen kann, wurde inzwischen von mehr als 40.000 Menschen angeklickt. Es werden hoffentlich noch viel mehr werden.

OHNE EMPATHIE GEHT ES NICHT

Thomas Fischer ist ein ungewöhnlicher Fall. Als Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof in Karlsruhe nimmt er sich dennoch kein Blatt vor den Mund, wenn er als Kolumnist in „Die Zeit“ über gesellschaftspolitische Themen schreibt. Ein Gespräch über Flüchtlinge, Hartz IV und ein Leben ohne Stromausfälle.

Interview: Ali Cem Deniz

Fotos: Karin Wasner

In der gegenwärtigen Diskussion über Flüchtlinge fällt oft der Begriff des Rechts. Wenn es um Asylrecht geht oder wenn Menschen sagen, dass „unsere“ Armen Recht auf Unterstützung haben. Was ist denn dieses Recht? Was ist Ihre Definition von Recht?

Die Rechte im Sinne von subjektiven Rechten stehen nebeneinander. In Deutschland gibt es Artikel 16 des Grundgesetzes, das Asylrecht garantiert. Das ist ein Menschenrecht, das nicht in Frage steht.

Wieso fürchten sich einige davor, dass vertriebene Menschen, die in Europa ankommen, mehr Rechte bekommen als die Einheimischen?

Diese Gefühle haben nichts mit rechtlichen Überlegungen zu tun, sondern stammen aus den Tiefen des Bauchs der Menschen. Es gibt Angst vor Konkurrenz und man versucht, diese Ängste zu rationalisieren. In der Wirklichkeit lässt sich nicht

nachvollziehen, dass Sozialhilfeempfänger oder Hartz IV-Empfänger, jetzt weniger Unterstützung bekommen, weil Flüchtlinge auch Anspruch auf Grundsicherung haben. Die Flüchtlinge nehmen den Bürgern nichts weg, was ihnen ohne sie gewährt würde oder zustünde. Man muss es auch deutlich sagen: dieser scheinbar populäre Impetus, dass das alles von unseren Steuern bezahlt wird, steht auf tönernen Füßen. Die meisten Menschen, die so etwas behaupten, zahlen ja gar keine oder nur sehr wenig Steuern. Viel Steuern zahlen vielmehr die von ihnen verachteten Gutmenschen aus der Mittelschicht. Hartz IV-Empfänger zahlen überhaupt keine Einkommenssteuern, trotzdem fühlen sie sich am meisten bedroht. Daher hat die Aufregung mit den Staatsfinanzen und den Steuern und den realen Belastungen gar nichts zu tun. Es geht vielmehr um soziale Rangordnungen und Chancen. Als Arzt, Rechtsanwalt oder Zahnarzt muss man sich vor albanischen

Flüchtlingen nicht fürchten, aber als Hartz IV Empfänger muss man sich möglicherweise bedroht fühlen.

Sie haben gesagt, dass Europa 10 Millionen Flüchtlinge aufnehmen könnte, aber eben diese Menschen, die selbst in der Unterschicht sind, spüren die Veränderungen am meisten. Ihre Berufswelten, ihre Nachbarschaften und ihr Alltag verändern sich. Wie kann man diesen Menschen kommunizieren, dass die Ankunft von Menschen nicht automatisch ihren Abstieg einleiten muss?

Schwierige Frage. Natürlich geht das nicht durch einfache Erklärungen und auch nicht von heute auf morgen. Die Frage ist, in welcher Struktur wir diese Integration vornehmen wollen. Wenn wir davon ausgehen, dass diese Struktur immer gleich bleibt oder dass die Integration sich genauso verwirklicht, wie sie jetzt befürchtet wird, dann wird es in der Tat zu erheblichen Verwer-



Das Bild des Richters als scheinbar meinungslosem Vollstrecker eines objektiv daherkommenden, unpolitischen, neutralen Rechts ist verbraucht und unglaubwürdig; es ist zu einer Karikatur verkommen.

fungen kommen, weil beispielsweise billige Arbeitskräfte durch noch billigere verdrängt werden. Das war bei allen bisherigen Migrationswellen so, und die Politik-Verlautbarung sollte nicht so tun, als gäbe es dieses Problem gar nicht. Das ist nicht anders als das, was in Bangladesch oder Indien oder sonstwo auf der Welt aufgrund der dortigen großen Migrationsbewegungen passiert. Der Stundenlohn einer Näherin in einer Textilfabrik fällt von 12 Cent auf 9 Cent. Und da werden sich diejenigen, die schon da sind und 12 Cent bekommen, bedroht fühlen von den Neuankömmlingen. Ich denke, dass wir in Europa, schon aufgrund unserer Geschichte, unserer bestehenden Sozialstrukturen und des ungeheuerlichen Reichtums mit derartigen Problemen in einer existenziellen Form gar nicht befasst sein werden.

Auch nicht in der Unterschicht?

Eigentlich auch nicht in der so genannten Unterschicht. Aber es kommt darauf an, wie die Gesellschaft – das heißt: die Ökonomie – mit einer großen Population von potentiellen Underdogs umgehen will, und welche Interessen sich in der Gesellschaft artikulieren und durchsetzen. Unsere Gesellschaft ist selbstverständlich im Grundsatz ohne weiteres dazu in der Lage, auch einer großen Zahl von Menschen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, selbst wenn sie nicht arbeiten. Das ist aber selbstverständlich das Ziel. Die Frage ist stets: Wer profitiert von solchen Ereignissen? Wem geht es schlechter? Das sind Fragen, die nicht auf der Ebene von „gutem Willen“ oder von Barmherzigkeit gelöst werden.

Häufig wird zwischen „echten“ Flüchtlingen und so genannten „Wirtschaftsflüchtlingen“ unterschieden. In Westeuropa gibt es auch viele Menschen, die mit ihrer finanziellen Situation nicht zufrieden sind. Wieso wandern die eigentlich nicht aus?

Viele Menschen – auch wir selbst – können sich nur ganz schwer vorstellen, wie es anderen Menschen geht. Es herrscht ein starkes Bedürfnis der Menschen danach, sich genau da einzurichten, wo man ist und genau das Lebenskonzept, das man aktuell lebt, für das Ende der Geschichte zu halten. Ich glaube nicht, dass die meisten Menschen, die sich darüber beklagen, dass es den Flüchtlingen zu gut gehe, sich ernsthaft vorstellen können, wie es sich zurzeit in Syrien oder im Irak lebt, oder wie ihre Ur-



Als würden die Menschen in der fernen Welt das Elend ewig aushalten und als hätten wir ewig Zeit darüber nachzudenken, wie wir unser schönes Leben luxuriös zu Ende führen können ohne uns dabei allzu schuldig zu machen.

großeltern in einem europäischen Land gelebt haben, aus dem sie in das Gebiet gelangt sind, das sich heute „Deutschland“ nennt. Die Menschen geraten in Panik, wenn an einem Tag in zehn Jahren die Straßenbahn oder das Fernsehen oder der Strom ausfal-

DIE FRAGE IST STETS: WER PROFITIERT VON SOLCHEN EREIGNISSEN?

len. Sie können sich gar nicht vorstellen, wie es ist, wenn das die Normalität ist. Und erst recht nicht, wie eine so genannte Normalität am untersten Ende aussieht. Jeder von denen, die sich über die Flüchtlinge beklagen, wäre stolz und froh, unter solchen Umständen ein Flüchtling zu sein, der für sich und seine Nächsten alles wagt.

Wie wichtig ist eigentlich Empathie bei Ihrer Arbeit als Richter?

Sie sollte sehr wichtig sein. Ich glaube, es ist nur schwer möglich Recht zu sprechen ohne sich um Empathie zu bemühen. Rechtsfindung ist ja im Einzelfall nicht einfach eine Anwendung von starren Normen auf vorgegebene Sachverhalte ist, sondern verwirklicht sich erst selbst in der Rechtsprechung. Sowohl die rechtlichen Regeln als auch die tatsächlichen Umstände, auf die sie angewendet werden sollen, müssen mit Sinn erfüllt werden, und das ist nur ein anderer Ausdruck für Empathie.

Die Flüchtlingskrise hat nicht nur Ressentiments gegen Asylsuchende offenbart, sondern auch ein großes zivilgesellschaft-

liches Engagement. An den Bahnhöfen von Wien, Salzburg und München helfen Freiwillige und übernehmen dabei auch Aufgaben, die der Staat ausführen sollte. Welche Rolle haben denn die Staaten überhaupt noch in dieser Krise?

Die staatlichen Strukturen sind offenkundig von der Dynamik dieser großen Flüchtlingswelle, die in den letzten Monaten und Jahren auf Europa kommt, noch immer überrascht und überhaupt nicht darauf vorbereitet. Obwohl man den allgemeinen Reden hätte entnehmen können, dass das Gegenteil der Fall ist. Ich würde nicht sagen, dass der Staat willentlich Aufgaben an die Zivilgesellschaft auslagert. Es setzt sich nicht die Bundesregierung zusammen und beschließt: lassen wir einfach mal die Münchner das alleine machen. Die Entscheidungsträger wissen, so glaube ich, wirklich oft nicht, was sie tun sollen, weil die Denkstrukturen und Verwaltungsstrukturen den tatsächlichen Anforderungen gar nicht gewachsen sind. In solchen Situationen kommt natürlich eine spontane Improvisationsbereitschaft der Zivilgesellschaft zu Hilfe, und das ist auch völlig richtig so. Das zeigt im Grundsatz, dass eine außerordentliche hohe Bereitschaft besteht, diesen Staat und dieses Gemeinwesen als Eigenes zu akzeptieren, unabhängig davon, was ein Innenminister daher schwatzt und ob er sich als „geeignet“ oder überfordert erweist.

Wieso sind die Strukturen so überrascht?

Das weiß ich nicht. Freilich muss man ja zugeben, dass man selbst auch überrascht ist. Der Mensch neigt dazu, im Nachhinein alles besser zu wissen. Ich hätte mir auch

nicht vorstellen können, welche Dynamik da in Gang kommt. Das beweist aber, mit welcher Gleichgültigkeit wir den Kriegen, der Armut und dem Hunger auf der Welt begegnen. Als würden die Menschen in der fernen Welt das Elend ewig aushalten und als hätten wir ewig Zeit darüber nachzudenken, wie wir unser schönes Leben luxuriös zu Ende führen können ohne uns dabei allzu schuldig zu machen. Das geht aber nicht mehr. Und davon sind nicht nur Kanzler, Minister und Politiker überrascht, sondern die ganze Gesellschaft.

Ist die Kontrolle von Migration überhaupt möglich oder eine Illusion?

Migration könnte ohne jeden Zweifel wesentlich stärker kontrolliert werden, als es derzeit geschieht. Aber wir können sie nicht zu einem Preis kontrollieren, den wir mit unseren Grundwerten vereinbaren können. Mit Gewalt kann man alles regeln, und die Fähigkeit zur Gewalt ist eindeutig auf der Seite der reichen Nationen. Wenn also die Bereitschaft da wäre, könnte man die Mehrheit der Erdbewohner für eine gewisse Zeit mit Gewalt von den Grenzen der reichen Gebiete zurückdrängen und so das Problem vorerst aufschieben. Die Frage ist natürlich auch, ob und wie unsere Gesellschaften das aushalten würden.

Es kommt nicht oft vor, dass ein Bundesrichter das aktuelle Geschehen so öffentlich kommentiert, wie Sie es tun. Wie gehen Sie mit Ihrer medialen Präsenz um?
Teilweise ist öffentliches Interesse schmeichelhaft. Man freut sich, dass man gefragt wird. Aber man muss sich auch vorsehen,



Die Improvisationsbereitschaft der Zivilgesellschaft zeigt, dass eine außerordentliche hohe Bereitschaft besteht, diesen Staat und dieses Gemeinwesen als Eigenes zu akzeptieren, unabhängig davon, was ein Innenminister daher schwatzt.

nicht in einen Sog der Eitelkeit zu geraten. Man muss nicht zu allem was wissen oder sagen. Es ist ungewöhnlich für einen Richter des Bundesgerichtshofs, so medienpräsent zu sein. Momentan sehe ich aber keine ernsthaften Konflikte: Weder mit meiner

KÖNNTEN DIE MEHRHEIT DER ERDBEWohner NATÜRLICH MIT GEWALT ZURÜCKDRÄNGEN.

Tätigkeit noch mit meinem Selbstbild. Es handelt sich vielmehr um eine Debatte über „Stil“, Darstellung, „Nestbeschmutzung“, auch Neid. Das Bild des Richters als scheinbar meinungslosem Vollstrecker eines objektiv daherkommenden, unpolitischen, neutralen Rechts ist verbraucht und un-

glaubwürdig; es ist zu einer Karikatur verkommen, der leider noch immer die meisten Richter – vielleicht auch aus Furcht und Gewohnheit – anhängen. Ich würde dieses Bild gern ein wenig ändern.

Es gibt derzeit eine Debatte über Hass und Hetze im Netz. Wie gehen Sie mit den Kommentaren unter ihren Artikeln um?

Ich lese eine recht große Zahl der Kommentare, und beantworte manche. Da gibt es sehr unterschiedliche. Es gibt sehr viele konstruktive Kommentare. Manche sind internetüblicher Unsinn; manche scheinen mir von hasserfüllten, auch gefährlichen Menschen zu stammen, die ihre Aggressionen kaum noch unauffällig managen können. Das ist erschreckend. Auf manche Kommentare antworte ich, weil ich es interessant und lehrreich finde, mit Lesern in Kontakt zu treten. Man muss sich freilich klar sein, dass immer nur ein kleiner Teil der Leser Kommentare schreibt. Es ist eine spezielle Auswahl, aber ich denke man muss sich darauf einlassen, wie auf alles andere auch.

Sie wollten ja selbst mal Schriftsteller werden. Jetzt verwenden sie in ihren Kolumnen oft eine bildgewaltige und teils poetische Sprache. Wurden da alte Träume wieder erweckt?

Ich habe schon immer gern geschrieben. Im Feuilleton für ein großes Publikum zu schreiben ist natürlich was völlig anderes, als wissenschaftliche Texte zu verfassen. Ich tue das gern, aber ich träume nicht die Träume meiner Jugend nach. Ich bin schon seit Längerem angekommen.

Thomas Fischer beim abendlichen Gespräch mit Florian Klenk im Bezirksgericht Meidling.





Georg Danzer Haus, Stockerau. Hier teilen sich seit September zwölf minderjährige Flüchtlinge aus Afghanistan die Unterkunft.

DIE VILLA DER VERTRIEBENEN

Kinder und Jugendliche, die vor dem Krieg geflüchtet sind, allein in Österreich. Wie geht es nun weiter? Wer ist für sie zuständig, wo erhalten sie Bildung, wie finden sie Ersatzfamilien? Ein Lokalaugenschein im Georg Danzer Haus in Stockerau.

Reportage: Ali Cem Deniz

Fotos: Barbara Wirl von Wirl Photo

Unter den Linden heißt die Allee, in der das Georg Danzer Haus in Stockerau steht. Bürgerlicher und idyllischer geht es kaum. Seit September teilen sich zwölf minderjährige Flüchtlinge aus Afghanistan die Unterkunft. Es ist ein helles und freundliches Heim und die Jungs sitzen gut gelaunt beim Deutschunterricht. Sie alle sitzen am selben runden Tisch und machen sich konzentriert Notizen. Auf der Tafel sind die Wochentage aufgelistet, heute ist Donnerstag. Die Unterrichtssprache ist eine Mischung aus Deutsch, Farsi und Paschtu. Lehrerin Malyar Mursal erklärt ihren Schülern, wie sie Fragensätze bilden können. Da dreht sich plötzlich ein Schüler mit freundlichem Gesicht zu mir um: „Wollen Sie Kaffee trinken oder Tee?“ Dann zischt er in die große Gemeinschaftsküche und bringt mir Schwarztee.

„Sie kommen alle aus Afghanistan. Das macht den Unterricht für mich einfacher, aber sie sind nicht alle auf der gleichen Stufe. Ich gestalte den Unterricht eher für die Fortgeschrittenen. Sie machen dann mit den Anfängern gemeinsam die Hausaufgaben und helfen ihnen weiter. Den Anfängern helfe ich auch noch extra in meiner Freizeit“, sagt Malyar Mursal. Das Georg Danzer Haus hat im September in Stockerau aufgemacht. Am Anfang gab es auch einen Jugendlichen aus Syrien. Der ist aber mittlerweile in einer anderen Einrichtung, weil er sich hier einsam gefühlt hat. Mourtaza Ahmadi ist einer von den Fortgeschrittenen. Der ambitionierte 16-Jährige war zwei Monate in einem griechischen Flüchtlingscamp und hat dort schon versucht mit Büchern und über das Internet Deutsch zu lernen. „In Afghanistan haben wir keine Chance mehr, unsere Träume zu verwirklichen. Überall Taliban und IS“ liest er nervös von einem Zettel vor, den er extra vorbereitet hat. Ob er Deutsch gelernt hat, weil es viele Flüchtlinge wie ihn nach

Deutschland zieht? Nein, er wollte schon von Anfang an nach Österreich. Hier will er sein Deutsch perfektionieren, die Schule abschließen und dann studieren. Irgendwas mit Biologie vielleicht. Mit Gewissheit kann Mourtaza ohnehin nichts sagen, wie die anderen Jugendlichen muss er erstmal das Asylverfahren abwarten.

„Das kann ein Jahr dauern, aber bis dahin bleiben die Jungs auf jeden Fall hier“ sagt Betreuer Khusrow Mursal. Khusrow verbringt nach dem Unterricht Zeit mit den Flüchtlingen, sie machen gemeinsam Sport und Ausflüge nach Wien. Es ist kein Zufall, dass er sich den Nachnamen mit der

WÄHREND DIE JUNGS IN DEUTSCH FORTSCHRITTE MACHEN, LERNT MARTIN EIN PAAR WORTE FARSI.

Deutschlehrerin teilt. Die beiden sind Geschwister und auch sie sind als Flüchtlinge aus Afghanistan nach Österreich gekommen. „Meine sieben Geschwister und meine Eltern sind bereits vor mir aus Afghanistan geflohen. Danach haben sie mich geholt.“ Der heute 30-Jährige hat sich 2002 während des Afghanistankriegs wie die Jugendlichen, die er jetzt betreut, alleine als Minderjähriger auf den Weg nach Österreich gemacht. Der Krieg hat inzwischen aufgehört, aber wenn Khusrow mit den Jungs redet, weiß er, dass die Situation für sie in Afghanistan genauso gefährlich war, wie für ihn damals. „Sie sind so jung und haben so vieles gesehen, was sie in diesem Alter nicht hätten sehen dürfen. Nicht mal hören sollten sie solche Sachen.“ sagt Khusrow. Manche von den Flüchtlingen kommen aus finanziell gut gestellten Familien, die ihre Kinder aus Angst und Sorge weggeschickt haben, „aber die meisten hatten sehr viele Probleme und manche sind teilweise vor den eigenen Familien geflüchtet.“

Mit Malyar und Khusrow können die Jugendlichen sich in ihrer Muttersprache austauschen und ihre Fluchtgeschichten gemeinsam verarbeiten. Sie alle stecken noch im Asylverfahren und sind erst seit kurzer Zeit in Österreich, doch in dieser Zeit haben sie auch die unschönen Seiten des österreichischen Asylsystems erlebt. Wie die meisten Flüchtlinge haben sie auch Bekanntschaft mit dem Auffanglager Traiskirchen gemacht.

Martin Brunner ist heute der einzige im Georg Danzer Haus, der nicht aus Afghanistan kommt. Der Haustechniker ist gebürtiger Stockerauer und arbeitet seit einem Monat im Haus. Während die Jugendlichen noch Deutschunterricht haben, sitzt er mit Khusrow in der Küche und trinkt seinen Tee. Er wartet auf die Pausenglocke, damit sie gemeinsam ein paar Kästen und Regale aufbauen können. Mit leuchtenden Augen redet Martin über seine Helfer: „Es ist unglaublich wie sie Deutsch lernen. Wie Schwämme saugen sie das auf. Es gibt keine Aggressionen, sondern eine unglaublich positive Stimmung.“ Während die Jungs in Deutsch Fortschritte machen, lernt auch Martin ein paar Wörter in Farsi und Paschtu.

In Stockerau leben derzeit rund 30 Flüchtlinge doch bald sollen es mehr werden. Ob die positive Stimmung im Haus, auch im ganzen Ort vorhanden ist? „Es gibt überraschend viele engagierte Menschen, aber es gibt auch welche, die glauben, dass wir in ein paar Wochen hier Krieg haben werden. Ich fürchte mich mehr von diesen Menschen, als vor den Flüchtlingen. Das ist vielleicht naiv und typisch Martin, aber ich denke wir sollten eigentlich Stolz sein, dass Menschen zu uns kommen wollen“ sagt er. Das Georg Danzer Haus hat noch Platz für zwei Jugendliche und wenn die Genehmigung kommt, sollen sie im freien Zimmer im Erdgeschoss einziehen.



Ein Problem ist, dass es für Asylsuchende über 16 Jahre keine Vermittlungen zu Pflegefamilien gibt.

Raus aus Traiskirchen

Wo unbegleitete minderjährige Flüchtlinge landen, hängt davon ab, wo sie aufgegriffen werden. Die meisten jungen Asylsuchenden kommen nach Wien und hier erwartet sie ein vergleichsweise gutes Schicksal. Im Erstaufnahmезentrum Traiskirchen müssen sie nur einen Antrag stellen. Ein Aufenthalt dort bleibt ihnen erspart, denn in Wien werden sie sofort an Einrichtungen vermittelt. Minderjährige Flüchtlinge, die in anderen Bundesländern aufgegriffen werden, müssen zuerst in Traiskirchen bleiben bis für sie ein Betreuungsplatz frei wird. Ende Juni waren rund 1.300 minderjährige Flüchtlinge in der Betreuung der Bundesländer. Mit 1.200 jungen Flüchtlingen waren fast genauso viele allein in Traiskirchen untergebracht. Sie müssen oft monatelang auf eine Vermittlung warten. Die meisten von ihnen kommen aus Syrien, Afghanistan und Somalia.

Seit 2004 wachsen die Mängel in der Unterbringung von minderjährigen Flüchtlingen. Der Grund: die Tagsätze wurden seither nicht erhöht und die Einrichtungen leiden unter den knappen finanziellen Ressourcen.

Neben Einrichtungen wie dem Georg Danzer Haus versucht seit kurzem die Dreh-

scheibe in Wien junge Flüchtlinge so schnell wie möglich aus Traiskirchen raus zu bekommen. Die Drehscheibe vermittelt unmündige Flüchtlinge unter 14 Jahren weiter, allerdings nicht an Einrichtungen oder betreute Wohngemeinschaften, sondern an Pflegefamilien.

Ein Konzept für die Unterbringung für minderjährige Flüchtlinge hat Katharina Glawischnig von der Asylkoordination mit dem Referat für Adoptiv- und Pflegekinder der Stadt Wien aufgebaut. „Bisher wurden

WENN MAN KRANK IST, DAUERT ES LANGE, BIS MAN EINEN ARZT SIEHT.

MAJID ÜBER TRAIKIRCHEN

hauptsächlich hier geborene verwaarloste Kleinkinder an Pflegefamilien gegeben. Für den Umgang mit asylsuchenden Jugendlichen fehlte die Expertise“ sagt Glawischnig. Lange Zeit fehlten auch die Pflegeeltern, mit der Flüchtlingskrise hat sich das aber geändert. Bei einem Info-Abend für Familien, die junge Flüchtlinge aufnehmen wollten, waren insgesamt 200 Menschen anwesend, Hundert mehr als geplant. In einer Schulung und in Gesprächen werden geeignete Eltern ausgesucht. „Am Ende bleiben

zehn Eltern übrig“ sagt Glawischnig. Zuerst lernen sich die Familien und die Flüchtlinge kennen, sie unternehmen Ausflüge und nach den ersten Übernachtungen können die Kinder bei ihren Pflegeeltern einziehen. Sie sind dann für die Pflege und Erziehung der Kinder verantwortlich, das Magistrat 11 bleibt die rechtliche Vertretung bis die Flüchtlinge volljährig sind.

Das Problem ist auch hier, dass es für Asylsuchende über 16 Jahren keine Vermittlungen zu Pflegefamilien gibt. Sie können in private Wohnungen einziehen oder in betreuten Wohngemeinschaften unterkommen. Katharina Glawischnig versucht deshalb derzeit noch in ihrem privaten Umfeld auf eigene Initiative für Jugendliche Pflegeeltern zu finden.

Große Träume und große Hindernisse

„Sind sie aus der Türkei, Abi?“ fragt mich einer der Flüchtlinge im Georg Danzer Haus, während er das saubere Geschirr in den Regalen verstaut. Abi ist das türkische Wort für „großer Bruder“. Ich antworte ihm mit ja und er erzählt mir, wie er aus Afghanistan geflohen ist und in der Türkei einen zweijährigen Stopp gemacht hat. Majid Ayubi ist 17 und kommt aus der noch heute

hart umkämpften Stadt Kunduz. In Istanbul hat er bei einem Schneider und in einem Restaurant gearbeitet. Mit der Arbeit hat er sich das Geld für die weitere Reise nach Europa verdient. Viel hat er von Istanbul und der Türkei nicht gesehen, als „illegaler“ Flüchtling musste er sich verstecken. Seit drei Monaten lebt er in Österreich. „Hier ist es sehr schön. Zwei Monate war ich in Traiskirchen. Das Essen war dort sehr schlecht und mangelhaft. Es gab auch keine Deutschkurse. Wenn man dort krank ist, dauert es sehr lange, bis man einen Arzt sehen kann oder Medizin bekommt“ erzählt Majid auf Türkisch und wenn ihm mal ein Wort nicht einfällt, wechselt er auf Englisch. Majid ist Musiker und spielt traditionell-afghanische Instrumente sowie Klavier. „Ich habe österreichische Freunde, die mir ein Keyboard geschenkt haben. Mit ihnen mache ich manchmal gemeinsam Musik, aber ich brauche einen Lehrer, damit ich professioneller Musiker werden kann“ sagt Majid, aber zuerst muss er sein Asylverfahren abwarten. In Afghanistan hat er nicht die Schule abschließen können, weil er neben der Schule arbeiten musste und die Situation in Kunduz immer gefährlicher wurde. „It's safe here und das ist gut“ sagt Majid lächelnd.

Für die jungen Flüchtlinge wird mit zunehmendem Alter alles komplizierter, vor allem wenn sie auf das Ende des Asylverfahrens warten müssen. Auch das Georg Danzer Haus müssen volljährige Flüchtlinge verlassen. Bei einem ist es in drei Monaten soweit. Außerdem können die, die nicht mehr im Pflichtschulalter sind, die Schule nicht abschließen ohne einen positiven Asylbescheid zu bekommen. Das trifft auf die große Mehrheit der minderjährigen Flüchtlinge zu, denn viele von ihnen sind oft jahrelang unterwegs und besuchen während dieser Zeit keine Schule.

Initiativen wie „Projekt Schule für Alle“

Für die jungen Flüchtlinge wird mit zunehmendem Alter alles komplizierter.



(PROSA) in Wien bieten den Flüchtlingen die Möglichkeit den Schulabschluss nachzuholen, aber angesichts der steigenden Anzahl von minderjährigen Flüchtlingen sind auch hier die Kapazitäten begrenzt.

Noch schlimmer ist die Situation für jene Flüchtlinge, die schon volljährig sind oder deren Minderjährigkeit nicht anerkannt wird. Obwohl ihre Kindheit auf der Flucht vergeht und manche zum Teil nach jahrelangen Irrfahrten in Österreich landen, genießen sie keinen besonderen Schutz. Bestehen Zweifel an der Minderjährigkeit, schreibt das Gesetz eine medizinische Altersfeststellung vor. Dies sollte jedoch nur dann durchgeführt werden, wenn die Flüchtlinge keine oder unzureichende Dokumente haben. Die Asylkoordination kritisiert, dass die Dokumente oft gar nicht beachtet werden. Falls trotz Untersuchungen das Alter nicht sicher festgestellt werden kann, gilt laut Gesetz „in dubio pro minore.“ Laut Asylkoordination wird auch diese Regel in der Praxis übersehen.

Berge und Flüsse

„Als ich die Jungs gesehen habe, habe ich mich gleich in ihre Situation versetzt. Vor vierzehn Jahren bin ich auch wie sie da gesessen, ohne einen Plan und ohne ein Wort Deutsch zu sprechen. Deswegen möchte ich ihnen zeigen, dass es Menschen gibt, die genauso angefangen haben wie sie und dass sie die Hoffnung nicht verlieren dürfen“ sagt die Lehrerin Malyar.

Unterstützung für die afghanischen Jungs kommt auch aus der Nachbarschaft. „Beinahe täglich bringen Menschen Spenden und Jugendliche aus der Gegend kommen zum Fußballspielen“ erzählt Malyar. Durch Sport können die Flüchtlinge mit anderen kommunizieren und sich in Stockerau einleben. Zwei besonders talentierte Bewohner des Georg Danzer Haus sollen bei einem Probetraining eines Fußballvereins in Stockerau teilnehmen.

Am Nachmittag geht der Deutschunterricht zu Ende. Malyar und Khusrow setzen sich gemeinsam mit den Jugendlichen in den Kreis. Majid, der Musiker, holt sein Keyboard und spielt eine Melodie, die alle im Raum kennen. Dann singt der Junge mit einer erstaunlich kräftigen Stimme und beim Refrain singen alle gemeinsam mit. Es ist ein altes Volkslied aus ihrer Heimat über die schönen Berge und Flüsse, die sie so bald nicht mehr wiedersehen werden, aber irgendwie passt das Lied auch zu ihrer neuen Heimat.

IMPRESSUM

MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00-9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun),
Petja Dimitrova (Porträt-Illus), Alexander
Pollak (apo), Karin Wasner (Bilder), Eva Vasari
(Illustrationen); Clara Akinyosoje, Eva Bachinger,
Philipp Sonderegger, Magdalena Summereder,
Baruch Wolski

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Sonja Ablinger, Alexandra Adam, Clara Akinyosoje,
Eva Bachinger, Ali Cem Deniz, Sonja Dries,
Rainer Eppel, Kilian Kleinschmidt, Josef Kohlba-
cher, Johannes Kopf, Markus Marterbauer, Johanna
Müller, Tatjana Petrovic, Markus Reiter, Martin
Schenk, Heidi Schrodt, Philipp Sonderegger, Karin
Wasner, Beat Weber

BUSINESS DEVELOPMENT:

Magdalena Summereder

COVERBILD:

Karin Wasner

LEKTORAT:

Andreas Görg

ARTDIREKTION:

Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT:

Theo Kammerhofer

DRUCK:

Ferdinand Berger & Söhne GmbH,

Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN:

Sandra Lakitsch

office@sosmitmensch.at, T +43 1 524 99 00-16

ABOS: Bernhard Spindler, abo@momagazin.at

T +43 1 524 99 00-18

VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“,

Straßenkolportage

AUFLAGE:

30.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,

T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,

Mail: office@sosmitmensch.at

Web: www.sosmitmensch.at

ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und

Herausgeberin: SOS Mitmensch

Sitz: Wien

Geschäftsführung: Alexander Pollak,

Gerlinde Affenzeller;

Obmann: Max Koch

Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,

für Menschenrechte, Demokratie

und Migration

ZVR: 22747570

SPENDEN:

IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590

BIC: OPSKATWW

MO ist das Medium von SOS Mitmensch

gegen Rassismus und Diskriminierung,

für Menschenrechte, Demokratie und

Migration.

Der Nachdruck der Beiträge ist bei Nennung

der Quelle und Übersendung von Belegexemplaren

ausdrücklich erwünscht, wenn das Copyright nicht

ausgewiesen ist. Die Rechte der Fotografien liegen

bei den UrheberInnen.

Falls kein/e Urheber/in ausgewiesen ist:

SOS Mitmensch.

DAS IST EIN SPIEL MIT MENSCHEN

Stefan Schmuckenschlager, ÖVP-Bürgermeister von Klosterneuburg, und Heinz Patzelt, Generalsekretär von Amnesty International, im Gespräch über Durchgriffsrecht, „Asyl auf Zeit“, die Hipness zu helfen und klassische Stammtische.

Interview: Gunnar Landsgesell, Alexander Pollak

Fotos: Karin Wasner

Noch im Sommer hatten zwei Drittel der Gemeinden in Österreich Null Flüchtlinge aufgenommen. Auch rund um Wien sieht es mager aus: Großenzersdorf hatte bei 10.000 Einwohnern 0 Asylsuchende, ebenso Purkersdorf. In Gerasdorf waren es bei 10.000 Einwohnern 4 Flüchtlinge, in Schwechat bei 17.000 Einwohnern 22 Flüchtlinge. Können Sie sich diese mangelnde Bereitschaft der Gemeinden erklären?

Schmuckenschlager: Ich glaube, die Zahlen sind mittlerweile überholt, gerade Schwechat wurde zum Teil ein Transitlager. Aber es stimmt schon, natürlich ist das etwas schwach. So wie ich die Reaktion der Bürgermeister darauf kenne, vermisst man bei Bund und Ländern eine klare Linie. Die Bürgermeister fühlen sich mit der Verantwortung allein gelassen. In den letzten Jahren wurden mehr und mehr Aufgaben auf die Gemeinden überwältigt, mehr Gelder im Landesbudget einbehalten und jetzt kommt eine Krise oben drauf! Deshalb wollen die Bürgermeister eine klare Aussage, etwa, wie viele Menschen pro Gemeinde aufzunehmen sind. Aber selbst die 1,5 Prozent, die

gesetzlich festgelegt wurden, sind nicht klar definiert. Aber nach und nach kommen die Gemeinden in die Gänge.

Ganz auf die Bundesebene kann man die Verantwortung aber auch nicht schieben. Sie selbst sind doch das beste Beispiel dafür, Klosterneuburg hat schon vor einem Jahr Flüchtlinge aufgenommen.

Schmuckenschlager: Das stimmt, ich habe das Glück in Klosterneuburg, dass wir eine wirklich große Gruppe an Freiwilligen haben, die sich sofort engagiert haben, als es hieß, es werden Flüchtlinge in der Kaserne untergebracht. Das erleichtert mein Leben extrem. Es gibt viel Unterstützung und Spenden. Die Last wird sehr stark aufgeteilt. Die Konnotation, ein Flüchtling, also ein „Asylant“ ist ein Krimineller, gibt es aber natürlich. So gesehen macht jeder Bürgermeister bereits einen Fehler, wenn er Flüchtlinge aufnimmt, weil er aus dieser hinterfotzigen Logik Unsicherheit in den Ort bringt. So etwas habe ich damals auch gehört. Aber Bürgermeister können ja nicht nur Sackerl mit Wahlgeschenken verteilen und sich in wesentlichen Fragen dann zurückhalten.

Herr Patzelt, wie sehen Sie die Aufteilung von Flüchtlingen in Österreich?

Patzelt: Für mich gibt es zwei negative Meilensteine in dieser – nicht Flüchtlingskrise – sondern Verteilungskrise. Der erste war im Jahr 2006, als der damalige Innenminister Strasser neue Regeln für die Bundesversorgung von Asylwerbern vorstellte. Sein katastrophaler Nachsatz damals, nach dem offiziellen Teil: „Und keine Gemeinde muss gegen den Willen des Bürgermeisters einen Flüchtling aufnehmen.“ Damit unterlief er nicht nur die rechtlichen Vereinbarungen, sondern erklärte alle Bürgermeister zu Freiwild. Die Botschaft dahinter: Wer einen Flüchtling aufnimmt, tut das gegen jeden guten Rat und auf eigenes Risiko, weil, wie das von rechten Kräften lanciert wird, Flüchtlinge sind Kriminelle, Drogendealer und Vergewaltiger.

Der zweite Meilenstein ist die Position des Landeshauptmanns von Niederösterreich, die er seit einem Jahr in der Quotendebatte einnimmt: Niederösterreich ist erstens der Erfüllungskaiser und zweitens hat man uns Traiskirchen angetan, deshalb ist weitere Pflichtaufnahme bei uns kein Thema. Pröll



Patzelt an Schmuckenschlager: „Mich würde interessieren, wie Sie es schaffen, von Ihrer Bevölkerung nicht gesteinigt zu werden? Warum halten Sie nicht längst Seminare für 3.000 andere Bürgermeister?“

verwechselt hier Äpfel und Birnen, weil die – wie schon oft erwähnt – skandalöse Bundesbetreuung in Traiskirchen mit der Ländersquote ja gar nichts zu tun hat.

Herr Patzelt, spät hat der Bund reagiert und will Gemeinden nun verpflichten, Flüchtlinge aufzunehmen. Ist das „Durchgriffsrecht“ ein probates Mittel?

Patzelt: Das Durchgriffsrecht ist eine absurde Bezeichnung, weil Asylvollzug sowie auch die menschenrechtliche Verpflichtung, Flüchtlinge unterzubringen, selbstverständlich eine nationale Verantwortung ist. Zudem klingt das mehr nach einem Katastropheneinsatz und nicht nach einer Politik, die um einen Ausgleich in allen Gemeinden bemüht ist. Quasi: Weil es nicht genügend „wahnsinnige“ Bürgermeister gibt, die Flüchtlinge freiwillig aufnehmen, müssen wir jetzt zu solchen Mitteln greifen. Aber, Herr Schmuckenschlager, mich würde interessieren, wie Sie es schaffen, von Ihrer Bevölkerung nicht gesteinigt zu werden? Was ist das Lernpotenzial, warum halten Sie nicht längst Seminare für 3.000 andere Bürgermeister?

Schmuckenschlager: Also ich tu mir leicht in Klosterneuburg, weil wir gemessen an unserer Bevölkerungsanzahl derzeit die 1,5 Prozent Quote noch nicht erfüllen. Wir sind vielleicht ein gutes Beispiel, weil wir vor einem Jahr in die Offensive gegangen sind. Frappant fand ich die Gemeinde-Versammlungen, wo noch von Bürgermeistern Öl ins Feuer gegossen wurde. Ich dachte mir öfters, das klingt wie das, was

DIESE EWIGE SCHWARZWEISSMALEREI FINDE ICH LETZTKLASSIG. S. SCHMUCKENSCHLAGER

wir in Europa schon einmal erlebt haben. Auch wenn ich zum Glück erst später geboren wurde. Aber sich abzuschotten und diese ewige Schwarzweißmalerei finde ich letztklassig.

Wie hatten Sie darauf reagiert?

Schmuckenschlager: Ein Beispiel aus der Praxis: Wir haben in Klosterneuburg früh Erfahrungen mit einer Familie gemacht, die mit einer lange ansässigen Ärztesfamilie aus

Syrien verwandt ist. Ich hatte mich sehr dafür eingesetzt, dass diese Familie auf die Resettlement-Liste der UNO gesetzt wird und nach Klosterneuburg kommen kann. Dann haben wir eine Gemeindeförderung gesucht und unter schwerster Kritik der Freiheitlichen sogar die Kriterien geändert. Die FPÖ hat gleich mit dem ersten Flugblatt – „Die Ausländer kriegen die Wohnung und ihr nicht.“ – den Sozialneid geschürt.

Auch die Karte der Wirtschaftsflüchtlinge wurde gespielt, auch in den Medien. Ich habe es durch meine Einblicke anders erlebt. Aber ich muss sagen, Flüchtlinge aufzunehmen, das mache ich als Bürgermeister der ÖVP ja auch aus einer christlich-moralischen Verpflichtung. Das ist ein konservativer Wert. Irgendwie scheinen wir in einer Art Ritualdemokratie zu leben: Alles soll so bleiben, wie es ist, obwohl sich rundherum alles ändert. Mir ist aber ganz wichtig, dass wir uns dabei zum Entwickler dieses Wandels machen. Sonst kommt das dicke Ende erst. Weil jetzt geht es nur um das Dach über dem Kopf, aber später um die Ausbildung, den Arbeitsplatz, um das, was die Leute in die Gesellschaft ein-



Mir ist ganz wichtig, dass wir uns zum Entwickler dieses Wandels machen. Sonst kommt das dicke Ende erst.

bringen können. Wenn das nicht gelingt, wie im Fall der Gastarbeiter, dann wird die Stigmatisierung von Anfang an mitgenommen. Dann haben wir ein richtiges Problem. Dann triumphieren die Rechten und dröhnen - sie hätten es immer schon gewusst.

Glauben Sie, dass „Asyl auf Zeit“ förderlich für die viel zitierte Integration ist? Damit einhergehend sollen ja etwa auch Familienzusammenführungen erschwert werden.

Schmuckenschlager: Ob das die Lösung ist, weiß ich nicht. Man sollte auf jeden Fall Prioritäten setzen. Ein Kosovo-Albaner kann auch ein armer Mensch sein, aber er kommt aus keinem Kriegsland.

„Asyl auf Zeit“ soll aber auch für Kriegsflüchtlinge gelten. Im September kamen 84 Prozent der Flüchtlinge in Österreich aus den Kriegsländern Syrien, Afghanistan, Irak. Glauben Sie, hat das auch in Ihrer Gemeinde Auswirkungen, wenn etwa Männer zwei, drei Jahre ohne ihre Lebenspartnerinnen, ohne ihre Kinder hier leben müssen?

Schmuckenschlager: Ich finde die Differenzierung grundsätzlich gut. Ich halte es

auch nicht für sinnvoll, Menschen nicht zu kontrollieren, wenn sie in Staaten einreisen. Aus Sicht des Staates ist aber die Frage, was man genau will. „Asyl auf Zeit“ ist doch eine Krücke, um das Thema der Bevölkerung näherzubringen. Man beruhigt die

**„ASYL AUF ZEIT“ IST DOCH EINE KRÜCKE, UM DIE LEUTE ZU BERUHIGEN.
S. SCHMUCKENSCHLAGER**

Leute mit den drei Jahren, aber so wird das nicht stattfinden. Wir sollten davon ausgehen, dass die meisten syrischen Flüchtlinge ohnehin zurückgehen wollen. Ich glaube, dass jemand lieber in Aleppo am Aufbau mitarbeitet als in Großweikersdorf im Container zu sitzen. Interessant wird aber, wie „Asyl auf Zeit“ exekutiert wird. Für die Gemeinden ist ja nicht so spannend, woher jemand kommt, sondern: Auf welchem Bildungsstatus sind die Kinder? Kann ich sie mitunterrichten? Läuft der Unterricht weiter gut? Ich sehe jetzt schon, dass nach drei Jahren auf den Titelseiten die neuen Fälle einer Arigona Zogaj zu finden sind. Da werden Kinder dabei sein, die perfekt Deutsch sprechen oder Männer, die mit der Feuerwehr ausrücken.

Herr Patzelt, ist „Asyl auf Zeit“ eine sinnvolle Lösung?

Patzelt: Asyl ist grundsätzlich kein garantiertes Dauerrecht, sondern ein Schutzrecht für die Zeit der Gefährdung. Irgendwann kommt dann aber Familienleben und eine Verwurzelung dazu, wo ich jemand nicht mehr einfach so wegschicken kann. Arigona Zogaj war eindeutig aufenthaltsverfestigt, wenn man mit zwei Jahren nach Österreich kommt, hat man seinen ganzen Freundeskreis und Lebensmittelpunkt hier. Aber der Schutzgedanke war nie als Immigrationstool gedacht. In Europa ist Asyl halt als einzige Migrationsvariante geblieben. Unlängst habe ich mit einem Bäckermeister gesprochen, der sagt, es sei ganz schwierig, einen engagierten Lehrling zu finden. Um 4 Uhr in der Früh aufzustehen, darum reißen sich österreichische Jugendliche nicht unbedingt. Der Bäcker macht sich Sorgen um die Zukunft seines Betriebes, er hat keinen Nachfolger, keine Kinder. Er glaubt, ein Flüchtling wäre dankbar für den Job. Wenn das Asyl von vornherein limitiert gilt, dann gibt es diese Perspektive aber nicht. Ich denke, kein Arbeitgeber stellt jemand mit Ablaufdatum ein. Das ist absurd. Die Motivation ist offensichtlich, weniger Anreize zu schaffen.

Ist das nicht der Punkt, den Sie, Herr Schmuckenschlager, vorhin am Beispiel der Arbeitsmigranten aus den Sechziger Jahren kritisiert haben? Auch heute wird wieder ausgerichtet: „Ihr seid nur Gäste hier.“

Schmuckenschlager: Natürlich ist das ein Problem. Eigentlich müsste der Asylstatus klar sein, entweder es gibt ihn oder nicht. Es wird in dieser Diskussion aber auch einiges überlagert: Da gibt es die Bilder von Spielfeld, die als „Ansturm“ konnotiert sind, dazu kommt ein angespanntes Sozialsystem aufgrund unserer demographischen Entwicklung, eine schwierige Arbeitsmarktsituation, die Angst vor Wohlstandsverlust und der Sozialneid. Das alles multipliziert sich. Dass da eine volle Abwehrhaltung herauskommt, halte ich für zutiefst menschlich. Statt aber genau das im Kern zu diskutieren und zu kommunizieren, welche Strategie wir eigentlich fahren wollen, reagiert man mit der Drei-Jahres-Regelung im Asyl. Da wäre es ehrlicher, zu sagen, wir wollen kein Asyl vergeben. Ich teile diese Haltung nicht. Aber in dieser Form ist das ein Spiel mit Menschen, das ich für gefährlich halte.

Patzelt: Wenn man nach Ungarn blickt, dann findet man diese Haltung ja, die in sich völlig konsistent, aber menschenrechtswidrig ist. Da steht auf der Verpackung, was drinnen ist. Aber die Politik, die wir in Österreich oft betreiben, ist, ein hübsches Etikett draufzukleben, das mit dem Inhalt wenig zu tun hat. Siehe die jüngste Asyl- und Fremdenrechtsnovelle. Man möge mir erklären, warum ein subsidiär Schutzbedürftiger, der aus einer mörderischen Gegend kommt, seine Familie später und anders nachbringen soll als der, der Asylrecht erhält. Er muss seine Familie also in einem Kriegsgebiet weiter der Lebensgefahr aussetzen. Dazu kommt der Verwaltungsirrsinn, im Jahr 2018 nicht mehr 80.000 sondern 150.000 bis 170.000 Asylverfahren bewältigen zu müssen. Nur um der Bevölkerung das Gefühl zu vermitteln: Es wird eh nicht so arg. Österreich muss sich entscheiden: Will man dem relativ engagierten Deutschland angehören oder der menschenrechtlichen Loser-Partie von Orban.

Herr Bürgermeister, Sie haben vor einem Jahr in einer aufgelassenen Kaserne Flüchtlinge untergebracht. Hat man Sie an den Stammtischen noch freundlich empfangen?

Schmuckenschlager: Den direkten Kontakt suche ich turnusmäßig sowieso. Das nennt sich „Bürgermeister im Ort – offen gesagt“, um meine Standpunkte darzulegen. Natürlich haben mich ein paar Leute gefragt, ob wir noch alle Tassen im Schrank haben. Aber ich habe gesagt, wir können nicht auf andere zeigen, wir müssen etwas tun. Entscheidend war vielmehr die beispiellose Unterstützung, die von allen Kreisen kam, egal ob Grün, Rot oder dem kirchlichen Umfeld. Mit der Zeit waren viele auch stolz, dass Klosterneuburg mit dem Thema anders umgeht. So ein breiter Stimmungswandel lässt sich auch in anderen Orten mit Flüchtlingsbelegung feststellen, zum Beispiel in Horn. Dass der klassische Stammtisch von Meinungen geprägt ist, die über Jahre aufgebaut wurden, ist klar. Und daran ist sicherlich nicht alles falsch. Nicht alles in der Flüchtlingspolitik ist optimal verlaufen. Aber entscheidend ist, jetzt die Entwicklungen aktiv mit zu beeinflussen, und auch auf Ängste zu reagieren. Im Freibad entlang der Donau gab es heuer schon richtige Kulturkonflikte: Nackte Frauen sind für Teile der Afghanen ein Problem. Wir haben die Caritas eingeschaltet, um auf beiden Seiten Verständnis zu entwickeln und die Spielregeln zu erklären.



H. Patzelt über „Asyl auf Zeit“: Ich denke, kein Arbeitgeber stellt jemand mit Ablaufdatum ein. Das ist absurd. Die Motivation ist offensichtlich, weniger Anreize zu schaffen.

Hat sich Klosterneuburg seither verändert?

Schmuckenschlager: Schon. Wir haben ja fälschlicherweise den Nimbus der Schlafstadt. Jetzt gibt es ein stärkeres Wir-Gefühl. Unser Vorgehen wurde medial stark begleitet. Es haben sich viele gefunden, die helfen wollten. Das war mit dem Gefühl verbunden, dadurch an der Spitze einer Bewegung zu stehen, die derzeit unsere Gesellschaft erfasst. Manche haben das richtig zur Schau gestellt, dass sie Flüchtlinge bei sich aufgenommen haben, weil das plötzlich sehr positiv besetzt war. Also die großen Konflikte sind zum Glück ausgeblieben, Probleme gab es eher bei den Flüchtlingen untereinander. Aber bringen Sie einmal 300 Wiener und 300 Vorarlberger in einer Kaserne unter.

Gab es auch negative Erfahrungen?

Schmuckenschlager: Immer wieder, aber nicht direkt aufgrund von Vorfällen, sondern wegen grassierender Grundangst. So eine ängstliche Stimmung verschärft sich

mit Bildern wie jenen aus Spielberg. Und es gibt eine neue Situation in der Stadt: Es soll eine neue Immobilie herangezogen werden, ein Hotel, das bislang nicht voll belegt war. Ein ehemaliger Konkursfall. Der neue Besitzer hat es jetzt drei Jahre lang betrieben und nun dem Innenministerium vermietet. Hier geht es um Geschäftemacherei. Und was ist die Schlagzeile dazu? „Flüchtlinge kommen in Luxushotel.“ Da wird die Diskussion schon haarig. Es gibt auch Stimmen, die die Unterbringung im Hotel ablehnen, natürlich wäre es besser, wenn es touristisch genutzt werden kann. Aber dann argumentiere ich, dass dann das Durchgriffsrecht kommt. Einige meinten, dann ruf doch die Innenministerin an. Ich kenne sie und verstehe mich ja sehr gut mit ihr, sie ist Klosterneuburgerin. Aber ich bin wahrscheinlich einer der wenigen, der nicht mit ihr über Flüchtlinge spricht. Ich entgegne den Leuten dann, was soll ich ihr erzählen? Dass sie ganz Österreich erklärt, dass Flüchtlinge aufgenommen werden müssen, nur in ihrer Heimatstadt nicht? Das geht nicht.

Vor einem Jahr wurde die leerstehende Magdeburgkaserne in Klosterneuburg zur Unterkunft für Flüchtlinge umfunktioniert. Bürgermeister Stefan Schmuckenschlager stand maßgeblich hinter diesem humanitären Projekt. Die viertgrößte Stadt Niederösterreichs wurde damit zu einem Modellfall. Derzeit befinden sich rund 200 Flüchtlinge in der Kaserne in Bundesbetreuung. Etwa 90 Asylsuchende werden zudem privat in der Gemeinde betreut. Im November 2014 gründete sich zugleich die breit aufgestellte Initiative, „Klosterneuburg hilft“, die die Menschen auf vielfache Weise begleitet. Unterstützt wird die Initiative durch das Caritas-Projekt „Kompa“, das Gemeinden in der Gestaltung eines guten Zusammenlebens begleitet.

WARUM WIR HELFEN. Die Fotografin Karin Wasner hat freiwillige HelferInnen portraitiert, die sich am Westbahnhof um Flüchtlinge kümmern. Einige von ihnen sind seit dem ersten Tag im Einsatz, haben ihre Berufe, ihre Familien zurückgestellt, um Fremden zu helfen. Die meisten sind mit ihren Kräften am Ende und gehen trotzdem nicht nach Hause. Viele wollen nicht vor die Kamera und meinen, was sie tun, sei nichts Besonderes. Diese Meinung teilen wir nicht und wollen die unterschiedlichen Gesichter der Zivilgesellschaft zeigen, die sich für Menschenwürde und Toleranz einsetzen.

FOTOS, TEXT: KARIN WASNER



Stefanie, 18, beginnt diesen Herbst ihr Biologie-Studium und will später vielleicht Medizin studieren. „Einfach helfen! Ich wollte etwas tun, anstatt herumzusitzen und mich zu beschweren, dass man doch etwas tun muss.“



Heinz, 64, arbeitet als Feuerwehrmann und Chauffeur in Wien. In seiner Freizeit hilft er, wo er kann. „Die Menschen hier fliehen vor dem Krieg und werden auf ihrem Weg brutal misshandelt. Ich will nicht einfach zusehen, wie man Menschen wie Tiere behandelt.“



Peter, 44, ist in Ungarn geboren und lebt seit 26 Jahren in Österreich. Seit zehn Jahren arbeitet er ehrenamtlich für die Caritas und hilft am Westbahnhof in der Kleiderannahmestelle. „Ich liebe diese Arbeit, bei der ich anderen Menschen helfen kann. Es gibt nichts Sinnvolleres, das man im Leben tun kann.“



Sara, 25, studiert Harfe als Konzertfach und Musikwissenschaften. Sie ist seit dem ersten Tag am Westbahnhof. „Ich war bei der ersten Demo auf der Mariahilferstrasse, als mich meine Mutter anrief und mir erzählte, was am Westbahnhof los ist. Für uns war klar, dass wir sofort herkommen und helfen. Seitdem bin ich jeden Tag hier, obwohl ich eigentlich zuhause sitzen und üben sollte. Man muss sehr aufpassen, dass man nicht zu sehr hineinkippt. Es ist eine Herausforderung, nach allem was man hier erlebt, wieder in seinen Alltag zu finden und sein „normales“ Leben zu leben.“



Peter, 22, ist ursprünglich aus der Steiermark und studiert in Wien Politikwissenschaft. „Mensch bleibt Mensch, egal wo er herkommt. Niemand flieht freiwillig aus seiner Heimat. Ich finde, jeder sollte hingehen dürfen, wohin er möchte.“



Sandra, 44, hat ihre Firma für Unternehmensberatung und Coaching kurzfristig hintangestellt, um am Bahnhof mitzuhelfen. „Wenn so etwas vor meiner Haustür passiert, kann ich doch nicht zuhause bleiben und nichts tun. Man sieht hier soviel Verzweiflung und erlebt gleichzeitig so viel Schönes. Ich habe größten Respekt vor all den Helfern, manche sind 24 Stunden am Stück hier und können nicht nachhause gehen, weil sie sich so gebraucht fühlen. Ich bin sehr stolz, dass die Zivilgesellschaft hier so aktiv wird und sehr zornig, dass das notwendig ist.“

ANGEKOMMEN. WAS NUN?

Bis Mitte November haben in Österreich ca. 70.000 um Asyl angesucht. Nicht jede/r wird einen positiven Bescheid erhalten. Welche Maßnahmen muss die Politik nun in Bereichen wie Arbeit, Bildung oder Wohnen setzen? Wir haben ExpertInnen um ihre Einschätzung gebeten.



Kilian Kleinschmidt, Foto: Privat

Kilian Kleinschmidt
*Krisenmanager und Entwicklungshelfer,
Innovation & Planning Agency, Wien*

AirBnB für Flüchtlinge

Zwischen 5.000 und 10.000 Flüchtlinge kommen seit Monaten jeden Tag in Österreich an. Entweder kommen sie über die ungarische Grenze oder nun von Slowenien – vielleicht kommen sie eines Tages aus der Slowakei oder aus Italien und hoffentlich wird es auch bald geordnete und legale Einwanderungsprogramme nach Europa geben, die den Schleppern das Geschäft entziehen. Die wenigsten wollen gegenwärtig Asyl in Österreich, oft nicht mehr als 4-5.000 im Monat – die meisten wollen weiter nach Deutschland und Skandinavien. Rein logistisch gesehen sollte das eine machbare Aufgabe sein. An Grenzüber-

gängen nach Österreich braucht man jetzt im Winter beheizbare mobile Transitunterkünfte für bis zu 5.000 Personen die nach Bedarf verlegt werden können. Die gibt es teilweise schon nahe der Grenze nach Deutschland, aber auch zentral braucht man dann eine weitere Transitzkapazität von bis zu 20.000 Übernachtungsplätzen (erweiterbar), sollte es dort zu Verzögerungen bei der Einreise kommen, und auch um einen möglichen Rückstau zu sichern. Für solche Unterkünfte braucht man Großraumzelte oder Hallen, die beheizbar sind, Toilettencontainer und geschützte Unterkünfte für Frauen, unbegleitete Minderjährige und andere Personen mit speziellen Problemen. Dazu muss Gesundheitsversorgung und natürlich Nahrung zur Verfügung stehen. Um diese Aufgabe zu lösen muss man jetzt dringend auf internationale Kapazitäten wie z.B. die UNO zurückgreifen, die vieles von diesem Material auf Lager hat. Teams müssen mobilisiert werden, die das System, inklusive dem Transport der Flüchtlinge professionell managen. Das internationale Nothilfesystem kann solche Ressourcen bringen, für das viele Länder nicht ausgestattet sind. In Afrika, Asien oder im Nahen Osten werden solche Kapazitäten im Krisenfall immer aktiviert – warum nicht in Europa. Die Erstaufnahme für Asylwerber in Österreich ist jetzt dezentralisiert und ein Antrag kann an jeder Polizeidienststelle gestellt werden. Asylwerber wie Familien, unbegleitete Minderjährige oder andere bedürftige Personen sollten weiterhin in Erst-

aufnahmeeinrichtungen wie Traiskirchen untergebracht werden vor ihrem Transfer in die Bundesländer. Ein System der Quartiervermittlung für Einzelpersonen sollte schnellstens entwickelt werden um das große Angebot von Kleinanbietern und Privatpersonen endlich nutzen zu können. Das könnte so ähnlich wie AirBnB gestaltet sein und sollte in Konsultation mit solchen Unternehmen eingerichtet werden, die da auch gerne helfen. Es gibt erfolgreiche Beispiele aus Deutschland; das muss aber skaliert werden, so dass die notwendigen Kapazitäten geschaffen werden. Das Ziel muss sein, den Aufenthalt in Massenquartieren auf die kürzeste mögliche Zeit zu reduzieren. Die politischen Diskussionen und der Widerstand um das Öffnen existierender Unterkünfte wie z.B. der ungenutzten Kasernen muss ein Ende finden. Hier ist nationale Solidarität gefragt, in der die Lokalpolitik nichts zu suchen hat.

Das Problem der unbegleiteten Jugendlichen für die es europaweit zu wenig Betreuungseinrichtungen gibt, zeigt das neben großzügigerer und schnellerer Finanzierung von Sozialbetreuungsstrukturen neue und innovative Konzepte des betreuten und gemeinsamen Wohnens notwendig sind, für die es schon einige interessante Modelle gibt.

Zusätzlich müssen dringend Wohnbauprogramme in die Wege geleitet werden die den sowieso fehlenden Billig- und Sozialwohnraum in Österreich über die nächsten Jahre entwickeln. Da die Flüchtlingsströme in industrialisierte Länder über die

nächsten Jahre konstant bleiben werden, in denen das gegenwärtige Chaos hoffentlich aber schon 2016 durch gemanagte Migration ersetzt wird, ist eine solche Investition in den Wohnbau sinnvoll und schafft auch Arbeitsplätze. Eine Vorlaufzeit von 18 Monaten solcher Bauprogramme erfordert jetzt politische Entscheidungen. Die logistischen Aufgaben einer menschenwürdigen Unterbringung sind eindeutig lösbar, erfordern aber schnelle und mutige Entscheidungen der Politik.



Johannes Kopf, Foto: AMS, Saulich

Johannes Kopf

Vorstand des Arbeitsmarktservice (AMS)

Vorerst kein Verdrängungseffekt

Die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt ist keine neue Aufgabe für das AMS, aber vor dem Hintergrund der derzeit schwachen wirtschaftlichen Entwicklung, der aktuell hohen Arbeitslosigkeit und der nun erwarteten Anzahl an Flüchtlingen doch eine besondere Herausforderung. Wobei man sagen muss, dass wir im AMS per Gesetz nur für jene Personen zuständig sind, die bereits einen positiven Asylbescheid haben.

Ende September waren bei uns rund 19.000 jobsuchende Asylberechtigte (bzw. subsidiär Schutzberechtigte) gemeldet, davon allein 13.000 in Wien. Die meisten von ihnen stammen aus Syrien, Afghanistan,

Russland, Iran und Irak. Die Voraussetzungen, die Flüchtlinge dabei mitbringen, sind sehr unterschiedlich. Zu uns geflohen sind Menschen jeder Qualifikationsstufe, von hoch spezialisierten Ärzten oder Technikern bis Personen, die nur einzelne Jahre ihres Lebens überhaupt eine Schule besucht haben. Dazu kommt, dass unser Bildungssystem aber auch unser Arbeitsmarkt berufliche Qualifikation anhand von formalen Abschlüssen und Zeugnissen beurteilt – eine Formalisierung, die in vielen Staaten der Erde nicht üblich ist.

Viel wird in diesen Tagen über die Qualifikation der zu uns fliehenden Menschen diskutiert. Daten dazu hat bisher nur das AMS und auch unsere Daten sind nicht von hoher Qualität. Oftmals verhindern Sprachschwierigkeiten eine Feststellung. Um individuell bestmöglich zu unterstützen, haben wir im AMS Wien vor etwa 8 Wochen Kompetenzchecks – erstmals für 1.000 Personen – zur beruflichen Integration von Asylberechtigten ins Leben gerufen. Ziel ist es, dabei in der jeweiligen Muttersprache (aktuell in Farsi, Arabisch, Russisch und Französisch) möglichst genau zu klären, welche Qualifikationen und Kompetenzen die Menschen mitbringen, unser Ausbildungssystem im Groben zu vermitteln und bei der Anerkennung der Qualifikationen zu unterstützen. Darüber hinaus werden Fähigkeiten auch in praktischen Tagen erprobt und individueller Schulungsbedarf definiert. Dieser erste Pilot läuft noch bis Anfang Dezember, danach werden wir der Öffentlichkeit eine validere Aussage bieten können.

In unseren Integrations- und Qualifizierungsbemühungen achten wir speziell darauf, in welchen Bereichen und Regionen Arbeitskräftebedarf besteht bzw. ein solcher schon derzeit nur mit ausländischen Arbeitskräften gedeckt werden kann. Zahlreiche Unternehmen haben sich bei uns schon gemeldet, die einen Beitrag – z.B. Lehrstellenangebote für jugendliche Flüchtlinge – leisten wollen. Absolut unverzichtbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Eingliederung in den Arbeitsmarkt sind jedenfalls ausreichende Deutschkenntnisse. Schon

jetzt bietet das AMS anerkannten Flüchtlingen flächendeckend Deutschkurse an. Darüber hinaus setzen wir uns in politischen Verhandlungen intensiv dafür ein, dass mit der Sprachförderung von Seiten der öffentlichen Hand in Zukunft früher und zwar noch während des Asylverfahrens begonnen wird. Die Kompetenzerhebung ist nur ein erster Schritt. In den meisten Fällen wird eine fachliche Qualifizierung, Beratung und fallweise Beschäftigungsförderung notwendig sein. Wir haben dazu einen ersten Maßnahmenplan entworfen, der Grundlage für das von der Regierung beschlossene Sonderbudget von 70 Mio. Euro im nächsten Jahr war. Zeitarbeit, Gastgewerbe, Handel, Gesundheit und Bau sind die fünf wichtigsten Branchen, in denen anerkannte Flüchtlinge in den letzten Jahren Beschäftigung gefunden haben. Ein Verdrängungseffekt am Arbeitsmarkt ist wegen der geringen Sprachkenntnisse und der oft auch geringen Qualifikation während der ersten Jahre eher nicht zu erwarten.



Markus Marterbauer, Foto: Lisi Specht

Markus Marterbauer

Leiter der Wirtschaftswissenschaft in der AK Wien.

Anders als in Deutschland

Die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen und Schutzsuchenden ist selbstverständlich und keine unmittelbar ökonomische

Frage. Dennoch ist die Aufnahmefähigkeit der Zielländer für das Gelingen der Integration relevant, sie unterscheidet sich zwischen Deutschland und Österreich erheblich. In Deutschland altert die Gesellschaft und mittelfristig werden zusätzliche Arbeitskräfte benötigt. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter schrumpfte seit 2000 um eine Million Personen (-2%). Weil gleichzeitig die Zahl der Beschäftigten leicht zunahm, führte dies zu einem Sinken der Arbeitslosenquote auf 4,5% der Erwerbspersonen. Der da und dort auftretende Mangel an Arbeitskräften sollte es erleichtern, die Flüchtlinge zu integrieren, vor allem dann, wenn zudem in die über lange Jahre vernachlässigte Infrastruktur investiert wird, vom sozialen Wohnbau, über Schulen bis zum öffentlichen Verkehr. In Österreich ist die Ausgangslage ganz anders. Die Erwerbsbevölkerung ist in den letzten 15 Jahren markant gestiegen: Sie liegt heute um 350.000 Personen oder 7% höher als im Jahr 2000. Deutschland, Ungarn, Rumänien und Bulgarien bilden die wichtigsten Herkunftsländer der Zuwanderung. Sie erfolgte rascher als es der Arbeitsmarkt vertrug: Obwohl die Beschäftigung sogar stärker zunahm als in Deutschland, hat die Ausweitung des Angebots an Arbeitskräften zu einem Anstieg der Arbeitslosenquote auf fast 6% der Erwerbspersonen geführt. Auf eine beim Arbeitsmarktservice gemeldete offene Stelle kommen heute 13 registrierte Arbeitslose. Vor allem im Bereich einfacher Tätigkeiten herrscht enorme Konkurrenz. Das macht es für Flüchtlinge schwierig, einen Arbeitsplatz zu finden. Über die unmittelbar notwendigen Investitionen in die Versorgung, die psychologischen Betreuung und die Integration der Kinder ins Bildungssystem hinaus, muss die Flüchtlingssituation deshalb zum Anlass genommen werden, die dringend notwendige beschäftigungspolitische Offensive zu starten.

Die Ansatzpunkte liegen auf der Hand. Das Wachstum der Bevölkerung, vor allem in den Ballungszentren, verlangt nach besserer öffentlicher Infrastruktur, besonders

im sozialen Wohnbau und im öffentlichen Verkehr. Das bringt auch viele neue Jobs. In der Pflege älterer Menschen, der Sozialarbeit, in Kindergärten, Schulen und bei Qualifizierung und Weiterbildung gibt es hohen Bedarf an zusätzlichen Leistungen. Innovative Formen der Verkürzung der Arbeitszeit sind für die Wohlfahrt der Beschäftigten wichtig und schaffen nebenbei auch mehr Jobs.

Die wichtigste Hürde liegt im Bereich der Finanzierung. Die Herausforderungen der kriegsbedingten Fluchtbewegungen dürfen nicht durch Kürzungen von Sozialleistungen finanziert werden. Für die unmittelbaren Flüchtlingskosten sollten zusätzliche Kredite aufgenommen werden: Die Zinskosten liegen nahe null, die Europäische Kommission akzeptiert höhere Defizite aus diesem Titel und wenn die Integration gelingt, trägt sich wenigstens ein Teil der Kosten von selbst. Den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur finanziert man ökonomisch am besten über langfristige Kredite, weil ja auch die Infrastruktur selbst über viele Jahrzehnte genutzt werden kann; hier gilt es mehr Flexibilität in den EU-Budgetregeln zu schaffen. Verbesserungen im Bereich der sozialen Dienstleistungen sollten etwa durch die Umlenkung von Förderungen in den Ausbau von Kindergärten und Ganztagschulen erfolgen, die Einführung einer Erbschaftssteuer zur Finanzierung des Pflegesystems liegt ohnehin auf der Hand und in der Bekämpfung der Steuerverhinderung von Multis und Superreichen sind noch viele Milliarden Euro zu holen. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/>

Josef Kohlbacher

Stv. Direktor des Instituts für Stadt- und Regionalforschung Österreichische Akademie der Wissenschaften

Mobilitätsbeschränkung nachteilig

Was muss für die Arbeitsmarktintegration von Asylwerbern getan werden, dass sie nicht zur „Last“ werden, wie Medien titel-



Josef Kohlbacher, Foto: Privat

ten? Ein erster wichtiger Schritt besteht in der exakten Erhebung vorhandener Qualifikationen. Das wird seitens des AMS versucht, allerdings konnten in ein Pilotprojekt nur 1.000 vorgemerkte Flüchtlinge einbezogen werden. Es hat sich herausgestellt (AMS, September 2015), dass 75 % der Syrer und 93 % der Afghanen (höchstens) Pflichtschulabschluss aufweisen. Zu ähnlichen Resultaten gelangte eine systematische Erhebung der deutschen Bundesagentur für Arbeit. Gerade Personen mit Pflichtschule haben es allerdings besonders schwer, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Daten von ZSI/Statistik Austria belegen, dass z. B. unter den Tschetschenen mit Pflichtschulabschluss 2008–2010 nur 23% über eine Beschäftigung verfügten.

Wie ist hier mit Hilfestellungen und zielorientierten Maßnahmen effizient einzugreifen? Frühzeitige Angebote zur Eingliederung von Flüchtlingen sind besonders sinnvoll. Wichtig sind die Erweiterung der rechtlichen Möglichkeiten des Zugangs zum Arbeitsmarkt und die Einbeziehung in Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration bereits während der Asylverfahren. Die Politik muss pragmatisch agieren und den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Lange Asylverfahren und fehlende Planungssicherheit erschweren eine aktive Arbeitsvermittlung und schnelle Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Beschleunigte Asylverfahren sind ein erster wichtiger Schritt.

Des Weiteren sind Maßnahmen zu entwickeln, die die Qualifikationen und Kompetenzen von Flüchtlingen nutzen bzw. erhöhen. Vor allem im ersten Jahr haben auch Deutschintensivkurse Vorrang. Es müssen die Potenziale junger Asylwerber genutzt und ihnen qualifizierende Ausbildungswege geöffnet werden. Die Anerkennung von in den Herkunftsländern erworbenen Berufsabschlüssen und notwendige Nachqualifizierungen sind weitere Aufgaben. Auch ein Umzug aus Flüchtlingsunterkünften in Wohnungen kann helfen, über persönliche Kontakte vor Ort Arbeits- und Ausbildungschancen zu vermitteln. Die Mobilitätsbeschränkung der Flüchtlinge durch das offizielle Zuteilungssystem ist nachteilig. Damit können Arbeitsuchende und -anbieter, etwa in der Branche Gastronomie und Fremdenverkehr, in der viele offene Stellen vorhanden sind, seltener zueinander finden. Es bestehen Aufnahmekapazitäten auf dem Arbeitsmarkt, vor allem in bestimmten Regionen und Sektoren.

Deutschland hat positive Initiativen gesetzt, zum Beispiel das Modellprojekt „Integration durch Arbeit“ der Bundesagentur für Arbeit. Es richtet sich an Asylbewerber, die mit hoher Wahrscheinlichkeit in Deutschland bleiben dürfen und Berufsausbildung oder Studium abgeschlossen haben. 26 Personen nehmen in München an dem Projekt teil, 79 in Nürnberg, Augsburg und Regensburg. Dabei wird der Weg zur Integration für Flüchtlinge auch oder vor allem über Betriebspraktika eingeschlagen. Allerdings zeigt das Projekt in München, dass es für beide Seiten auch ein mühsamer Lernprozess ist, Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Etliche müssen erst die lateinische Schrift erlernen, um überhaupt am Deutschkurs teilnehmen zu können. Es liegt also vor allem an der Konzipierung maßgeschneiderter Angebote und deren intelligenter Umsetzung, ob die Arbeitsmarktintegration gelingt.

In Österreich sind die Initiative „PROSA – Projekt Schule für Alle“, die das Nachholen von Schulabschlüssen ermöglicht, sowie das geplante Kolleg der Stadt Wien für jugendli-

che Flüchtlinge wertvolle Ansätze. Man darf nicht vergessen: Die österreichische Volkswirtschaft wird auch von den neuen Impulsen profitieren. Zuwanderer benötigen Arbeit zum Aufbau einer Existenz. Damit wird die Konsuminlandsnachfrage gesteigert. In neuen Haushalten besteht immer Konsumbedarf und dies zieht einen Konjunkturbelebungseffekt nach sich.

Erfolgreiche Integration erfordert also Geduld und Zeitressourcen seitens der Aufnahmegesellschaft sowie auch der Flüchtlinge. Realistische Berufsperspektiven müssen vielfach erst erarbeitet werden. Hier sollte vor allem auch im Interesse der Asylwerber korrigierend eingegriffen werden. Auch dies erfordert Zeit. Je rascher die Arbeitsmarktintegration gelingt, desto eher können Bedenken in der ansässigen Bevölkerung entkräftet werden.



Rainer Eppel, Foto: wifo.ac.at

Rainer Eppel

Arbeitsmarktexperte am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO).

Zielgerichtete Maßnahmen

Die Integration von anerkannten Flüchtlingen und subsidiär schutzberechtigten Personen in den österreichischen Arbeitsmarkt wird in den nächsten Jahren zweifelsohne eine große Herausforderung darstellen. Aus zwei Gründen:

Erstens zeichnet sich die Lage am österreichischen Arbeitsmarkt gegenwärtig durch eine so hohe Arbeitslosigkeit wie zuletzt vor rund 60 Jahren aus. Ende Oktober 2015 waren einschließlich AMS-Schulungen bereits 410.854 Personen beim AMS arbeitslos vorgemerkt. Die Kombination aus einem niedrigen Wirtschaftswachstum und einem – bereits vor Einsetzen der aktuellen Flüchtlingswelle – deutlich zunehmendem Arbeitskräfteangebot lassen die Arbeitslosigkeit seit mittlerweile vier Jahren steigen. Zwar wächst auch die Nachfrage nach Arbeitskräften, doch reicht dieser Zuwachs nicht aus, um mit der noch stärker wachsenden Zahl an Arbeitsuchenden Schritt zu halten.

Zweitens benötigen aus Fluchtgründen zugewanderte Menschen Zeit, um im Zielland „anzukommen“. Sie sind oftmals traumatisiert, müssen von Grund auf die deutsche Sprache und die lateinische Schrift erlernen, sind nicht vertraut mit der österreichischen Kultur und haben nicht die sozialen Netzwerke, die ihnen den Einstieg in Beruf und Gesellschaft erleichtern. Dazu kommt, dass ihnen häufig die qualifikatorischen Voraussetzungen fehlen, um sofort auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen zu können. Schon alleine die Erhebung und Anerkennung der im Ausland erworbenen Qualifikationen gestaltet sich aufgrund von Sprachbarrieren, fehlenden Dokumenten und Unterschieden in Ausbildungs- und Berufssystemen schwierig.

Kurzfristig werden Flüchtlinge zum Arbeitslosigkeitsanstieg beitragen. Mit zielgerichteten Maßnahmen können jedoch – neben den Chancen der ansässigen Arbeitsuchenden – auch ihre Perspektiven am Arbeitsmarkt verbessert und die Folgekosten einer unzureichenden Integration für die Gesellschaft vermieden werden. Mögliche Kernelemente einer solchen Strategie sind aus arbeitsmarktpolitischer Sicht die rasche Abwicklung von Asylverfahren zur Vermeidung langer Stehzeiten außerhalb des Arbeitsmarktes und damit verbundener Dequalifizierung, die Bereitstellung psychosozialer Unterstützung, ein

flächendeckendes Angebot an Sprach- und Orientierungskursen, eine frühzeitige und systematische Feststellung verwertbarer Abschlüsse, Berufserfahrungen und Fertigkeiten nach dem Vorbild des Kompetenzchecks des AMS Wien (Pilotprojekt), sowie daraus abgeleitete Anerkennungsverfahren und berufliche Qualifizierung. Solche Unterstützungsmaßnahmen sollten bei Menschen mit hoher Chance auf einen positiven Asylbescheid bereits während des Asylverfahrens einsetzen. Für Kinder und Jugendliche ist eine schnelle Integration in qualitativ hochwertige Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen von großer Bedeutung, um ihnen den Spracherwerb, die soziale Integration und die Erschließung ihrer Bildungspotenziale zu ermöglichen.



Alexandra Adam, Foto: Wohndrehscheibe

Alexandra Adam
Wohndrehscheibe der Volkshilfe Wien

Tor für Spekulanten offen

Die aktuell schwierige Situation des Wohnungsmarktes stellt eine besondere Herausforderung dar. Viele Flüchtlingsfamilien sowie Familienväter, deren Familien zeitnah nach Österreich nachkommen, drängen zusätzlich auf den privaten Wohnungsmarkt und brauchen relativ kurzfristig eine Wohnung, um der nachkommenden Familie einen Aufenthalt in einem der überfüllten Erstaufnahmezentren oder im schlimms-

ten Fall auch die Obdachlosigkeit zu ersparen. Bedingt durch die kurze Verfahrensdauer haben die meisten Betroffenen zum Zeitpunkt der Wohnungssuche häufig keine Ahnung von dem ihnen völlig fremden österreichischen Rechts- und Sozialsystem und auch keinen Einblick in die üblichen Verwaltungs- und Verfahrensabläufe. Erschwerend kommen mangelnde Sprachkenntnisse – die meisten können weder Deutsch noch Englisch – und fehlendes Erwerbseinkommen hinzu.

Fakt ist auch, dass die meisten Makler und Maklerinnen aufgrund der starken Nachfrage nach privaten Mietwohnungen bereits im Vorfeld potentielle Mieter/innen nach speziellen Kriterien (Einkommen, Herkunft) „aussortieren“, und diejenigen, die diesen Kriterien nicht entsprechen, von der Vermittlung ausschließen.

Fast alle syrischen Wohnungssuchenden, die das Beratungsangebot der Wohndrehscheibe der Volkshilfe Wien in Anspruch nehmen, sind zum Zeitpunkt der Erstberatung wohnungslos, bei so genannten „Bekanntem“ gemeldet und zahlen dort für ein Bett zwischen Euro 250 und 400 Euro monatlich. Oft können sie sich dort nicht melden. Da eine Meldeadresse in Wien aber Voraussetzung für den Bezug von Mindestsicherung ist, sind viele gezwungen Meldeadressen zu „kaufen“. Der Preis dafür ist aktuell bis zu 100 Euro pro Monat.

Den Spekulant/innen sind daher schon längst Tür und Tor geöffnet. Aufgrund der derzeitigen Sensibilisierung der Bevölkerung gibt es im Moment durch die Initiative „Helfen wie wir“ eine Plattform, wo Privatpersonen Wohnraumspenden für eine begrenzte Zeit speziell für syrische Flüchtlingsfamilien zu Verfügung stellen. Dies stellt im Moment unseres Erachtens die einzig wirklich effektive Hilfe dar, um Obdachlosigkeit und Spekulation vorzubeugen. Auf lange Sicht ist und bleibt der private Wohnungsmarkt allerdings die einzige Option, um den Betroffenen ein gesichertes Wohnverhältnis zu ermöglichen. Das erweist sich aber aktuell für die meisten Flüchtlinge als unerreichbares Ziel. Deshalb muss auf politischer Ebene versucht

werden, eine andere Lösung zu finden. Ein möglicher Ansatz wäre, vermehrt Übergangswohnungen verfügbar zu machen, sodass den Flüchtlingen die Möglichkeit gegeben wird, aus einem stabilen Wohnumfeld heraus, Deutsch zu erlernen, sich am Arbeitsmarkt und in der Folge dann auch am Wohnungsmarkt zu orientieren.



Markus Reiter, Foto: Sabine Hauswirth

Markus Reiter
Geschäftsführer des „neunerhaus“, eine unabhängige Sozial- und Gesundheitsorganisation für wohnungslose Menschen.

Gemeinnützigen Wohnbau öffnen

Stellen Sie sich vor: Sie müssten von 320 Euro im Monat in Wien leben. 120 Euro dürften Sie für die Miete berappen. Würden Sie mit diesem Geld eine Wohnung finden? 120 Euro. So wenig erhalten AsylwerberInnen in Wien, wenn sie sich dazu entscheiden, privat zu wohnen und nicht in einer zugewiesenen betreuten Unterkunft. Ihre Wohnsituation ist verheerend: Mit 120 Euro findet man keine Wohnung in Wien. Die Realität sind Wohnungen, in denen zehn Personen auf 50 Quadratmetern leben, geschichtet wie in Sardinienbüchsen.

Die Situation ändert sich ein wenig, sobald ein positiver Asylbescheid ausgestellt wurde. Die meisten stellen dann einen Antrag auf bedarfsorientierte Mindestsicherung – oder finden mit viel Glück Arbeit. Spielen

wir dasselbe Spiel nochmal: Nun müssten Sie jedes Monat mit 827 Euro über die Runden kommen.

Wahrscheinlich finden Sie mit diesem Einkommen immer noch keine Wohnung. Sprachbarrieren und ein Wohnungsmarkt-Dschungel, durch den man sich ohne Netzwerk und Unterstützung von Bekannten kaum durchkämpfen kann, sind die nächsten Hürden. Die Wahrscheinlichkeit, Opfer von Betrug zu werden, steigt. Besonders schwer haben es subsidiär Schutzberechtigte, die nur eine vorübergehende Aufenthaltbewilligung haben: Ist der Aufenthaltstitel prekär, sind es auch die Wohnverhältnisse.

Als Geschäftsführer des *neunerhaus* weiß ich, dass Menschen auf der Flucht mit diesen Problemen nicht allein sind. Allgemein steigt die Nachfrage nach kostengünstigem Wohnraum. Sinkende Löhne, steigende Arbeitslosigkeit, und eine Zunahme von *working poor* führen dazu, dass prekäre Wohnverhältnisse, Zahlungsschwierigkeiten und Wohnungslosigkeit immer mehr Menschen in Wien treffen. Etwa 400.000 Personen in Wien sind armutsgefährdet. Menschen mit psychischen und chronischen Erkrankungen, prekär wohnende EU-BürgerInnen aus den neuen Mitgliedsstaaten, Menschen in Lebenskrisen wie Scheidung und Jobverlust – genauso wie Menschen auf der Flucht. Bei vielen von ihnen verschlingen Wohnkosten nahezu die Hälfte ihres Einkommens.

Für sie alle müssen wir dringend Zugang zu leistbarem Wohnraum schaffen.

Dazu brauchen wir Flexibilität bei Umwidmungen und der Bauordnung sowie Leerstandsnutzung und Normen, die kostengünstiges Wohnen ermöglichen. So können wir rasch temporären Wohnraum schaffen und langfristig für mehr leistbaren Neubau zu sorgen.

Gleichzeitig müssen wir bessere Zugänge schaffen – zu allen Wohnungssegmenten. Vor allem der gemeinnützige Wohnbau muss sich stärker für armutsgefährdete Menschen öffnen. In Wien umfassen geförderter und kommunaler Wohnbau zusammen immerhin fast 60 Prozent des Bestands. Die Stadt Wien hat hier durch die Vergabe

starken Einfluss. Daher fordert das *neunerhaus*, dass mindestens die Hälfte aller mit Fördermittel errichteten Wohnungen durch die öffentliche Hand vergeben werden – und dass dazu ein transparentes Punktesystem nach der Dringlichkeit des Wohnbedarfs angemessen entscheidet. Den Zugang hingegen, so wie derzeit, an eine mehrjährige Meldezeit in Wien zu knüpfen, schließt neu zugezogene ebenso wie prekär wohnende Personen vom sozialen Wohnbau aus.

Um den privaten Wohnungsmarkt leistbar zu machen, braucht es aber auch eine Reform des Mietrechtsgesetzes: die Ausweitung des Anwendungsbereiches sowie eine transparente und durchsetzbare Mietpreisobergrenze. Um Menschen, deren Leben in allen Bereichen prekär ist, wenigstens beim Wohnen langfristige Planbarkeit zu ermöglichen, sollte die Mindestbefristung auf mindestens 10 Jahre angehoben werden. In einem weiteren Schritt sollte die Delogierungsprävention ausgebaut und Mietrechtsberatung intensiviert werden.



Heidi Schrod, Foto: Kunsthistorisches Museum

Heidi Schrod

Vorsitzende der Initiative „BildungGrenzenlos“ und ehemalige AHS-Direktorin.

Entkoppeln von Deutsch und Schulpflicht

Die Debatte, wie der Erwerb der deutschen Sprache in den Schulen stattfinden soll,

wird seit Jahren emotional und ideologisch geführt. Ein nüchterner Blick auf eine komplizierte Sachlage würde gut tun. Österreichs Schulsystem hat sehr verspätet, und auch nur punktuell, auf Zuwanderung reagiert. Das System ist noch immer auf eine homogene, einsprachige Schülerschaft ausgerichtet. Da eine große Schulreform seit Jahrzehnten an den sattsam bekannten Blockaden – Stichwort Gesamtschule – bereits im Ansatz scheitert, wird es auch im Bereich der Maßnahmen für eine mehrsprachige Schule in absehbarer Zeit keinen großen Wurf geben. Dennoch können sinnvolle Maßnahmen ergriffen werden. Es ist allerdings erforderlich, dass wir genau unterscheiden zwischen Deutsch als Voraussetzung für die Schulpflicht und dem Erwerb des Deutschen für so genannte „QuereinsteigerInnen“, das sind Kinder und Jugendliche, die ohne Deutschkenntnisse in unser Schulsystem einsteigen, derzeit sind das vielfach Flüchtlinge. Zum Ersten: Viele Kinder haben mit sechs Jahren sehr mangelhafte Deutschkenntnisse, oft sind sie erst im verpflichtenden Kindergartenjahr erstmals mit Deutsch in Berührung gekommen. Dieses verpflichtende Kindergartenjahr stellt zwar einen großen Fortschritt dar, reicht aber bei weitem nicht aus. Die Spracherwerbsforschung geht davon aus, dass es 5 bis 8 Jahre dauert, bis der Erwerb der Zweitsprache gefestigt ist. Man tut Kindern, die in ihrer Erstsprache schulpflichtig sind, großes Unrecht, wenn man ihre Schulpflicht am Stand ihrer Deutschkenntnisse misst. Durch die Zurückstellung aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse erlebt das Kind eine massive Abwertung der Erstsprache. Sämtliche ExpertInnen sprechen sich daher für das Entkoppeln von Deutschkenntnissen und Schulpflicht aus. Der Erwerb und die Festigung des Deutschen müssen im Lauf der Volksschulzeit erfolgen. Dazu bedarf es aber eines anderen Unterrichts und zusätzlicher Ressourcen für DeutschförderlehrerInnen. Im Fokus muss das einzelne Kind und sein jeweiliger Lernstand und Lernfortschritt stehen; dass das geht, wissen wir nicht nur aus anderen Ländern, sondern auch aus Pilotmodellen aus Österreich.

Ganz anders wiederum verhält es sich mit den „QuereinsteigerInnen“. Kinder und Jugendliche, die mitten im Schuljahr ohne Deutschkenntnisse zu uns kommen, brauchen vorrangig zwei Dinge: einen geborgenen Rahmen – den stellt die Schule in der Regel dar – sowie ein möglichst schnelles Erlernen der deutschen Sprache. Das kann integrativ stattfinden, wenn es sich nur um ein oder zwei Kinder handelt, oder in Intensivkursen. In Schweden wird das den Schulen überlassen, je nach den Bedürfnissen des Schulstandorts, wie sie diese Kurse organisieren. Wichtig ist, dass die betreffenden SchülerInnen Anschluss an einen Klassenverband haben, etwa im Sport, in den sie dann sukzessive eingegliedert werden. Allerdings: Auch dafür brauchen wir sehr viel mehr Ressourcen als jetzt zur Verfügung stehen.

Zuletzt noch ein besonders trauriges Kapitel. Wenn Jugendliche zu uns kommen, die älter als 15 Jahre alt sind und keinen Pflichtschulabschluss nachweisen können, dürfen sie hierzulande nicht mehr die Schule besuchen. Dieser (gesetzliche) Missstand betrifft ganz besonders Flüchtlinge. Hier kann nur eine Gesetzesänderung Abhilfe schaffen, etwa nach dem schwedischen Modell, wo alle Jugendlichen das Recht auf kostenlosen Schulbesuch bis 19 haben, „QuereinsteigerInnen“ noch drei Jahre länger. Aus moralischen, aber auch aus ökonomischen Gründen können wir es uns nicht leisten, diese Jugendlichen ins Abseits zu schicken.

Publikation: Heidi Schrod, „Sehr gut oder nicht genügend. Schule und Migration in Österreich“

Sonja Ablinger

Lehrerin, ehemalige SPÖ-Nationalratsabgeordnete

Falsche Wahrheiten

„Die Flüchtlingsthematik hat alles überlagert.“ – „Das waren Wahlen in einem Ausnahmezustand.“ Die Erklärungen von ÖVP und SPÖ nach den dramatischen Wahlver-



Sonja Ablinger, Foto: SPÖ

lusten in meinem Heimatbundesland Oberösterreich waren schnell bei der Hand. Man müsse die Ängste der Menschen ernst nehmen, heißt es wieder. Wenige Wochen später spricht die ÖVP-Innenministerin von „Asylnotstand“ und fordert Grenzzäune. Denn schließlich sei man von der Situation völlig überrascht worden. Die Politik der falschen Wahrheiten und Drohszenarien wird keine Ängste nehmen.

Falsch ist, dass die syrische Flüchtlingssituation überraschend kam. NGOs haben seit Jahren versucht, die Regierung auf die Situation in Syrien aufmerksam zu machen. Im Jänner 2013 (!) wies die asylkoordination mehrfach auch die wachsenden Zahl der Kriegsflüchtlinge und Probleme in den Lagern der Nachbarländer hin und kritisierte die fehlende Koordination auf EU-Ebene. Geplante Schutzgewährung sieht anders aus.

Ein anderes Beispiel für falsche Wahrheiten widerspiegelt sich in der Integrationsdebatte. Von „Integrationsunwilligkeit“ wird geredet, die schwarzblaue Landesregierung in Oberösterreich will sogar ‚nicht-deutsche‘ Pausengespräche bestrafen. Seit geraumer Zeit prägt den Diskurs das Bild des muslimischen Vaters, der die Lehrerin seines Kindes nicht respektiert. Es wird suggeriert, das wäre Alltagsrealität. Das ist es mitnichten. Es mag vielleicht vorkommen. Mir ist es noch nie passiert, dass ein Vater mir nicht die Hand reichte, weil ich eine Lehrerin bin.

Ja, es kommt vor, dass sich Eltern nicht in die Schule trauen, weil sie schlecht Deutsch sprechen. Wenn der Vater von Ahmed, die Mutter von Elif nicht zum Elternabend kommen, hat man schnell die „Verweigerung“ als Erklärung zur Hand. Aber wenn der Vater von Hanna nie zum Elterngespräch kommt, was dann? Der Begriff „Integrationsunwilligkeit“ taugt nicht. Ja, es gibt Eltern, die mit der Schule nichts zu tun haben wollen, und ja, es gibt Familien, die völlig isoliert leben. Aber das sind nicht nur MigrantInnen. Die Ursachen liegen in einer Gemengelage.

Die soziale Verarmung trifft mittlerweile viele Menschen – Hier Geborene und Zugewanderte. Wer sich die Zahlen zu den Reallohnverlusten in den letzten 20 Jahren (bei den ArbeiterInnen bis zu 14 Prozent) anschaut, das Ausmaß der prekären Beschäftigung und die rapid wachsende Arbeitslosigkeit, der findet darin viel eher Antworten, als der Begriff der „Integrationsunwilligkeit“ es vormachen will. „Argumentiert wird dann mit schlechtem Charakter, kulturellem Verfall und Faulheit. Diese Debatte ist „kulturversessen und verhältnisvergessen“, wie es Martin Schenk in einem Beitrag über ‚Verliererbeschimpfung‘ so treffend formulierte.

Wenn „Ängste nehmen“ mehr als das ständige Schlagwort in Nachwahlbetrachtungen bleiben soll, wird man mit Debatten über Integrationsunwilligkeit und Asylverschärfungen nicht weiter kommen. Angst überwindet man nicht mit Drohbildern und Strafanordnungen. Man überwindet sie, wenn man die Politik der sozialen Sicherheit in den Vordergrund stellt – und zwar jener von ÖsterreicherInnen, Flüchtlingen und ZuwandererInnen. Daran wird die Integrationswilligkeit der Politik zu messen sein.

0,2 PROZENT DES BIP

Was kostet ein Flüchtling den österreichischen Staat, welche Investitionen löst er aus? Eine ökonomische Kosten-Nutzen Analyse, die aber nicht alles sein kann.

Text: Sonja Dries

Am 14. Oktober 2015 stellte Finanzminister Hans Jörg Schelling dem Parlament den Budgetentwurf für das nächste Jahr vor. Dabei ging es auch um Asyl und Flüchtlinge. Das Budget für die Grundversorgung soll 2016 auf 420 Millionen Euro erhöht werden. Für die Integration von Flüchtlingen wird es einen eigenen Topf mit 75 Millionen Euro geben, weitere 70 Millionen gehen in Arbeitsmarktmaßnahmen für Flüchtlinge. Damit die Bundesländer die Kosten für AsylwerberInnen tragen können, dürfen sie im nächsten Jahr um 0,1 Prozent vom österreichischen Stabilitätspakt abweichen. Dieser setzt die finanzpolitische Verpflichtung gegenüber der EU, gesamtstaatlich zumindest beinahe ausgeglichene Budgets zu erzielen, um. Das Ministerium rechnet hier mit Zusatzkosten von 345 Millionen Euro, weitere 90 Millionen Euro will Schelling als Reserve verbuchen. Die 910 Millionen Euro, die für nach Österreich flüchtende Menschen ausgegeben werden sollen, entsprechen 0,2 Prozent des BIP. Zwischen 2011 und 2013 lagen sie durchschnittlich noch bei 0,05 Prozent.

Aufschlüsselung der Kosten

In dem Budgetbericht an die EU geht das Finanzministerium von ungefähr 85.000 AsylwerberInnen im nächsten Jahr aus. Pro Person sagt es Kosten von 10.724 Euro pro Jahr voraus. Der größte Teil, nämlich 7.665 Euro fallen dabei für Unterkunft und Verpflegung an. Dies entspricht 21 Euro pro Tag, für unbegleitete Minderjährige 95 Euro. Einen weiteren Teil macht die Ge-

sundheitsversorgung aus. 1.343 Euro werden hier pro Mensch und Jahr berechnet. Für das Erlernen der Sprache stehen jedem Asylwerber einmalig 720 Euro zur Verfügung. Dazu kommen durchschnittlich 240 Euro für eine Beratung, 150 Euro für Bekleidung und 120 Euro für Erholungszwecke. Für den ganz persönlichen Bedarf wird jedem asylsuchenden Menschen noch ein Taschengeld von ungefähr 1,30 Euro pro Tag, also 480 Euro pro Jahr zugesprochen.

Investition in die Wirtschaft?

Trotz der zusätzlichen Belastung des Budgets sieht Schelling kein Nachhaltigkeitsrisiko. Das öffentliche Defizit werde 2015 und 2016 deutlich unter 3 Prozent des BIP bleiben. Manche Ökonomen sagen sogar einen kurz- und mittelfristigen Anstieg des BIP durch die erhöhte Zuwanderung voraus. Ulrich Schuh von EcoAustria spricht von einem Konjunkturimpuls, da zusätzliche Schulden mehr Nachfrage brächten. Auch der Chef des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft Michael Hüther glaubt, dass der Flüchtlingszuzug kurzfristig wie ein kleines Konjunkturprogramm wirken werde. Das Geld, das der Staat für die Versorgung der Flüchtlinge in die Wirtschaft pumpt, so Hüther, versickert nicht im Ausland, sondern schafft im Inland neues Geschäft und Arbeitsplätze.

EcoAustria führt derzeit eine Studie mit der Donau-Universität Krems zu diesem Thema durch. Erste Trends zeigen ein Steigen der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit gleichermaßen. In einer mittelfristigen Pro-

gnose geht das WIFO davon aus, dass das Arbeitskräfteangebot im nächsten Jahr um 15.000 Personen wachsen wird. Der Zuzug von Flüchtlingen wird in den nächsten Jahren aber auch volkswirtschaftliche Erträge liefern. In Deutschland prognostiziert eine Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung eine Steigerung des BIP um 1,9 Prozent für 2016. Ein Anteil von 0,2 Prozent wird den Flüchtlingen zugeschrieben, da staatliche Unterstützung für Produkte, wie Lebensmittel, Dienstleistungen, Kleidung und Unterkunft ausgegeben werde. Dieser Effekt lässt sich auch mit Österreich vergleichen. Vor allem die konsumnahen Unternehmen können von den Flüchtlingen profitieren. In Österreich sind es auch Firmen wie die Wiener Neudorfer Containex, deren Geschäft durch die Flüchtlinge angekurbelt wird. Laut „Format“ hat das Innenministerium dort allein 700 Container im Wert von 4,6 Millionen Euro bestellt.

Die Debatte sollte aber nicht nur als Kosten-Nutzen-Rechnung geführt werden. So sagte zum Beispiel der deutsche Wirtschaftsforscher Clemens Fuest: „Wir helfen Leuten, die politisch verfolgt sind. Und da geht es nicht darum, dass das Deutschland nützt.“ Und auch für Helmut Hofer vom IHS stellt das Vermischen von ökonomischen und menschenrechtlichen Fragen ein Problem dar. Finanzminister Schelling sprach in seiner Budgetrede neben Einnahmen und Ausgaben auch über Österreichs lange Tradition der humanitären Hilfe. Es sei diese Menschlichkeit die unser Land auszeichne. Man darf hoffen, dass es so bleibt.

AUFKLÄRUNG STATT AUSGRENZUNG

600 Workshops für De-Radikalisierung hat das Bildungsministerium finanziert. Wir haben nachgefragt, wie solche Kurse ablaufen und was sie bringen.

Text: Sonja Dries



Workshops für SchülerInnen: Sensibilisieren und Bewusstsein schaffen, aber auch die Sprengkraft der Bilder in den Medien verstehen lernen.

Ich möchte meine weltlichen Ziele mit dem Ziel verknüpfen, Gottes Wohlgefallen zu erlangen.“ Als ein 15-jähriger Schüler in Wien diese Antwort auf die Frage nach seinem Lebensziel gibt, ist das für seine Lehrerin ein eindeutiges Radikalisierungssignal. Sie macht den Schüler vor der ganzen Klasse so herunter, dass er eingeschüchtert und weinend nach Hause läuft. Diesen Vorfall nennt Rami Ali ein Paradebeispiel dafür, wie man mit dem Thema Religion und speziell Islam nicht umgehen sollte. Ali ist Teil des Netzwerks sozialer Zusammenhalt (derad), einer NGO, die seit über einem Jahr so genannte De-Radikalisierungsarbeit leistet. In diesem Fall konnte derad im Dialog mit der Schule die Lage deeskalieren. Ein Grund für solche Überreaktionen mag der Aufruf von Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek vom September 2014 sein, „begründete Verdachtsfälle“ im Zusammenhang mit Jihadismus zu melden. Gemeinsam mit der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich wurde eine Broschüre mit 12 Fragen zu Radikalisierung und Extremismus herausgegeben, die Merkmale beschreibt, die auf ein gefährliches Abdriften hinweisen können. Die richtige Einordnung dieser Merkmale bleibt den LehrerInnen überlassen, das öffnet laut Kritikern die Türen für Pauschalverdächtigungen. Peter Stöger, Professor für Erziehungswissenschaften am Hochschullehrgang der IRPA (Islamische Religionspädagogische Akademie in Wien) kritisiert, dass Verhaltensauffälligkeiten von Jugendlichen, die auf normale autoritäre Konflikte in der Pubertät zurückzuführen sind, bei MuslimInnen oft mit Radikalisierungstendenzen gleichgesetzt werden. Viele LehrerInnen würden über das Ziel hinausschießen, wenn muslimische Schüler ein arabisches Wort verwenden, eine Schülerin plötzlich Kopftuch trägt oder die Kinder beginnen, fünf mal am Tag zu beten. „Das bedeutet noch lange kein Abrutschen in den Jihadismus, sondern ist einfach eine normale religiöse Entwicklung“, sagt der 69-jährige Stöger. Verurteilt man Kinder deswegen, müsste man auch ein Kind, das „Grüß Gott“ sagt, als christlichen Fundamenta-



Rami Ali beim Workshop in einer Schulklasse: Wichtiger als die religiöse Debatte ist es, den wahren Grund zu finden, warum Jugendliche sich radikalisieren.

listen einordnen. Bereits 2014 hatte Stöger gemeinsam mit der Wirtschaftspädagogin und Vorsitzenden der Muslimischen Jugend Österreich (MJÖ), Dudu Kücükgöl, einen offenen Brief gegen Hysterie im Umgang mit Muslimen veröffentlicht, den bereits 2.500 Personen unterschrieben haben. Sie hoffen, damit mehr Sensibilität im Umgang mit dem Islam zu erreichen.

DIE LEHRERINNEN SIND OFT ÜBERRASCHT, WIE AKTIV DIE KINDER MITARBEITEN. RAMI ALI

Das Bildungsministerium hat indes die Initiative „Bildung für De-Radikalisierung“ gestartet. In einem Erlass vom 15. Februar wurden 300 Workshops für Schulen vereinbart. Interessierte konnten sich beim Zentrum polis, der pädagogischen Serviceeinrichtung zur Politischen Bildung, anmelden, die Kosten wurden direkt vom Ministerium übernommen. Aufgrund der hohen Nachfrage verdoppelte das Ministerium die Anzahl der Workshops, Kosten: 300.000 Euro. Da 600 Workshops für 30.000 österreichische Klassen den Bedarf aber bei weitem nicht decken, sind alle Kurse ausgebucht. Weitere Kurse vergibt polis nicht mehr. Abgehalten haben die Workshops

NGOs wie das Österreichische Jugendrotkreuz, Pro mente, die Muslimische Jugend Österreich oder eben derad, bei der auch Rami Ali tätig ist. Ali, ein Muslim und Sohn ägyptischer Einwanderer, hat Politikwissenschaft studiert und beschäftigt sich bereits sein ganzes Leben mit dem Islam. Dass er keine pädagogische Ausbildung hat, sieht er nicht als Problem. Wie aber begegnen ihm die SchülerInnen, können sie mit seinen Themen etwas anfangen? Rami erzählt, dass die LehrerInnen oft überrascht sind, wie aktiv die Kinder mitarbeiten. Wenn man mit Ali spricht, kann man sich vorstellen, dass er Schulkinder für seine Fragen begeistern kann. Der junge Mann mit den kurzen dunklen Haaren, den fröhlichen Augen und seinem gewinnenden Lachen vermag auf lockere Art Aufmerksamkeit zu generieren. Ali und sein Kollege Salih Seferovic, mit dem er die Workshops meistens gemeinsam hält, bemühen sich, die Kinder miteinzubeziehen, auch wenn die Kurse großteils frontal ablaufen. Titel der derad-Veranstaltung: „Politischer Extremismus, Salafismus und Dschihadismus, Ausgrenzung von Menschengruppen“. Gebucht wird Ali, wenn LehrerInnen Verdachtsmomente hegen oder einfach nur als Präventivmaßnahme. Dann werden zwei Stunden lang radikale Ideologien wie etwa die des Islamischen Staates

besprochen. Erörtert wird auch das Konzept des „Othering“, also der Abgrenzungsstrategie einer Gruppe von den Anderen, wie sie der IS und auch rechtsradikale Gruppen wie die Identitären verwenden. Aber auch das Bild, das westliche Medien vom Islam zeichnen, wird kritisch hinterfragt.

Reflexion auflösen

Um den SchülerInnen zu verdeutlichen, auf welche Weise Bilder manipulativ eingesetzt werden, zeigt er ihnen das Bild einer Exekutionsszene des IS, kurz bevor es zur Tötung kommt. Der IS demonstriert damit seine Macht und verbreitet Angst und Schrecken. Wie mit diesem Bild Politik gemacht wird, zeigt Ali anhand der Identitären. Sie haben die Szene am Stephansplatz mit einem Plastikmesser nachgestellt, um auf verhetzende Weise zu demonstrieren, wie gewalttätig der Islam als Religion sei. Dass Bilder nie für sich, sondern immer nur in einem Kontext verstanden werden können, ist eine grundsätzliche Erkenntnis. Für die aktuelle Islam-Diskussion gilt sie im Besonderen. Medienkompetenz ist ein wichtiges Element in Alis Kursen. Was fällt den Kindern zum Begriff Islam ein? Wenn er sie die Augen schließen und spontan brainstormen lässt, kommen, so Ali, „meist Begriffe wie Gewalt, Verschleierung, Bärte, böse Männer oder Blut. Ich zeige den Schülern danach 12 Cover verschiedener Zeitschriften und Magazine, die genau diese negative Konnotation wiedergeben.“ Wie sehr die Wahrnehmung der Jugendlichen durch die Darstellung des Islam in den Medien geprägt ist, sorgt dann jedes Mal für Verblüffung. Am Ende eines Workshops dürfen die Jugendlichen alle offenen Fragen loswerden. Das ist der Moment, in dem eine mögliche Tendenz zur Radikalisierung erkannt und entschärft werden soll.

Theologisch entschärfen

An ein Mädchen in Innsbruck erinnert sich Ali besonders gut. Die Schülerin hatte der Lehrerin Sorgen bereitet, weil sie sich „komisch“ benahm, neuerdings ein Kopftuch trug und auffällig ruhig wurde. „Auch, wenn das Tragen eines Kopftuches definitiv kein Indikator für eine Radikalisierung ist, fiel mir im Workshop auf, dass das Mädchen eine starke Ablehnung von Demokratie zeigte und die Frage bejahte, ob ausschließlich Gottes Gesetz herrschen sollte. Dieses Verhalten war für mich ein Warnsi-



Rami Ali ist Teil des Netzwerks sozialer Zusammenhalt (derad)

gnal und ich suchte nach dem Workshop das Gespräch,“ beschreibt Ali seinen Eindruck. Rasch zeigte sich, dass die Schülerin zwar zahlreiche Strophen des Koran auswendig konnte, aber jegliches theologisches Fundament fehlte, um ihre Ansichten zu argumentieren und zu reflektieren.

ISLAMISTEN UND ISLAM-HASSER ÄHNLICH DARIN, IHR WELTBILD ZUSAMMENZUSETZEN. RAMI ALI

Ali erklärte dem Mädchen den Kontext, in dem die Suren dem Propheten Mohammed offenbart wurden und konnte ihre Argumente schnell theologisch entschärfen. Für Peter Stöger, der selbst 13 Jahre Lehrer an Tiroler Pflichtschulen war, ist diese Diskussion mit dem Kind über die Religion auf jeden Fall sinnvoll. Doch wichtiger als die religiöse Debatte sei es, den wahren Grund zu finden, warum Jugendliche sich radikalisierten. Der Wortstamm von Radikalisierung – radix bedeutet Wurzel – würde bereits hindeuten, worum es geht. Gerade in der Pubertät seien Jugendliche auf der Suche nach Wurzeln, nach Vorbildern, die ihnen quasi die „Vitamine des Lebens“, so Stöger, vermitteln. Wenn sie von Familie und Umfeld keine Zuneigung bekommen oder nur eine Wohlstandsabspeisung in Form von Spielzeug oder Wertgegenständen, könne es sein, dass sie die Wurzeln an vergifteten Orten suchen. Dann hätten „Seelenfänger“ leichtes Spiel. Workshops wie jene von derad beurteilt Stöger positiv. Aber ein Kind sei sicherlich gefährdet, „wenn dem Leben das Zentrum fehlt, die Zuneigung in der Familie oder der Respekt

seitens der Lehrpersonen. Stöger erinnert sich auch an die eigene Kindheit, wenn er anfügt: „Der Mensch braucht lebensbejahende Inhalte, egal, ob man musiziert, auf den Berg geht oder Gott verehrt.“

Hysterie als Nährboden

Wie aber sieht die Realität aus? Mit wie vielen Fällen, in denen ein Verdacht berechtigt war, hat derad überhaupt zu tun? Rami Ali sagt, dass das selten der Fall sei. 80 Prozent der Workshops finden allein aus präventiven Gründen statt. Vor Hysterie warnt er. Das ist auch deshalb interessant, weil Ali nebenbei am Institut für Islamische Studien der Uni Wien arbeitet, dessen Vorstand Ednan Aslan von der muslimischen Community in Österreich mehrfach wegen einer Hysterisierung im Umgang mit der Religion kritisiert wurde. „Ich habe einige Differenzen mit Aslan und bin nicht immer seiner Meinung, aber das weiß er vermutlich auch“, sagt Ali. Man dürfe den Koran nicht als Nachschlagewerk verstehen, sondern als Gesamtbotschaft, deren Einzelteile zu bestimmten Kontexten offenbart wurden. Ali sieht eine Gemeinsamkeit von radikalen Islamisten und Islamhassern, die sich genau die Versatzstücke herauspicken, die in ihr eigenes Weltbild passen und den Islam als gewaltverherrlichende Religion erscheinen lassen.

Dass eine Spaltung von Muslimen und Nicht-Muslimen in unserer Gesellschaft stattfindet, spiegelt sich auch im ZARA-Rassismus Report für das Jahr 2014 wieder. Im zweiten Halbjahr verzeichnete man einen signifikanten Anstieg rassistischer Übergriffe gegen Personen muslimischen Glaubens: ein klare zeitliche Überschneidung mit der medialen und politischen Debatte rund um die Terrororganisation IS. Genau dieser Umgang mit muslimischen Menschen bereite laut Rami Ali den radikalisierten Boden in Österreich auf: „Wenn ich dich rekrutieren will und dir sage, die anderen wollen dich nicht, die hetzen gegen dich, schau wie sie über dich berichten – und du gehst dann hinaus in die Welt und findest stattdessen freundliche Menschen, die dich annehmen wie du bist, dann wirst du an meinen Worten zweifeln. Aber wenn du rausgehst und auf der Straße ein Plakat mit „Daham statt Islam“ siehst, wenn du in der Schule und auf offener Straße diskriminiert wirst, dann bin ich als Rekrutierer plötzlich im Recht.“

POPULÄRKULTUR

BUCH



Hipster-Alarm

Bart, Hornbrille, Holzfällerhemd, Röhrenjeans: Kann ich mir aus diesen Accessoires einen typischen männlichen Hipster basteln? Höchstens vorübergehend, so die Auskunft des Jugendforschers Philipp Ikrath. Alle Äußerlichkeiten seien nur kurzfristige Merkmale dieser Gruppe, die sich vor allem durch eine Geisteshaltung, einen Lebensstil auszeichnet: Den spielerisch-ironischen Umgang mit kulturellen Zeichen im Dienste der Zurschaustellung geschmacklicher Überlegenheit. Das ist einer Welt, die sich kulturell so schnell dreht wie nie zuvor, schwieriger geworden als zu Zeiten, als das Bildungsbürgertum sich über die Beherrschung eines feststehenden Kanons von klassischer Musik, Malerei und Literatur nach unten abgrenzte. Heute ist das flexible Individuum gefordert, sich in einem tosenden Wald der weitgehend sinnentleerten bzw. nur im Kontext zu deutenden Zeichen zu behaupten. Hipster versuchen ihre bürgerliche Obsession für Autonomie, Individualität und kulturelle Einzigartigkeit beständig an die sich ändernden Koordinaten anzupassen.

Während sich aus Autonomiebestreben kein Hipster als solcher bezeichnet, ist die Kritik am Hipster zum journalistischen Volkssport geworden: Darin drückt sich laut Ikrath ein Unbehagen aus, das sich auf die Gesellschaft insgesamt richtet. Es handelt sich dem Autor zufolge nicht um eine von vielen Subkulturen, sondern um die Verkörperung des Idealtypus neoliberaler Persönlichkeit. Anders als viele Kritiker billigt der Autor der Ironie als Grundhaltung eine humanistische Eigenschaft zu, wenngleich dem Hipster die Fähigkeit zu politischer Loyalität abgesprochen wird – was nicht ganz nachvollziehbar ist, weil dem Hipster zugeschriebene allgemeine Leitwerte wie Toleranz und Liberalität ja durchaus parteipolitisch verwertbare Qualitäten aufweisen. Hipster sind in Europa auch nicht so ganz ohne Vorläufer, wie Ikrath glaubt, hält man sich die obsessive Zeitgenossenschaft der Mods vor Augen. Insgesamt macht die Deutung des Phänomens als Indikator für den Zeitgeist, der uns alle irgendwie berührt, das Buch zu einer hochinteressanten Lektüre mit augenöffnender Qualität – ob mit oder ohne Hornbrille. *Beat Weber*

Philipp Ikrath
Die Hipster. Trendsetter und Neo-Spießer
 Pro Media Verlag 2015
 220 Seiten, 17,90 Euro



Foto: Bernhard Spindler

LISTEN

2 X 5 DINGE UND SONST?

Andrei Burlan lebt seit 7 Jahren in Wien, seit drei Jahren verkauft er MO. Der 47-jährige stammt aus einem Dorf nahe der rumänischen Stadt Pitești, die für ihre Dacia-Auto-Werke bekannt ist. Er hat 5 Kinder und 4 Enkelkinder.

5 Gründe, wieso ich nicht mehr in Rumänien lebe

- 1 Die Roboter, die im Dacia-Werk meine Arbeit machen
- 2 Fehlende Transport-Aufträge für mich und meinen alten Pferdewagen
- 3 Es ist so gut wie unmöglich, eine andere Arbeit zu finden
- 4 Mein Häuschen ist eine Bruchbude
- 5 Das schlechte soziale Auffangnetz

5 Dinge, die ich an Wien mag

- 1 Die Möglichkeit, Straßenzeitungen zu verkaufen
- 2 Freundliche und respektvolle PolizistInnen
- 3 Das gute und vielfältige Essen, z.B. bei den Kebab- und Asia-Ständen
- 4 Die kleine Wohnung, die wir uns zu fünft teilen
- 5 Im Prater zu picknicken

Und sonst?

Danke an alle Leute, die mir ab und zu eine Zeitung abkaufen und mir ermöglichen, meiner Familie und mir was zum Essen zu kaufen.

POPULÄR GESEHEN

Was habe ich & Wer bin ich?

Wir brauchen Anerkennungs-, nicht Abhängigkeitsverhältnisse.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova

„Wir sind keine Bittsteller, wir wollen Respekt!“ Das war der zentrale Satz, den Erwerbsarbeitslose, MitarbeiterInnen von Straßenzeitungen, psychisch Erkrankte, Menschen mit Behinderungen, Alleinerzieherinnen und MigrantInnen bei einem Treffen unter dem Titel „Sichtbar Werden“ formulierten. „Sichtbar werden sollen unsere Alltagserfahrungen. Sichtbar werden sollen unser Können und unsere Stärken. Sichtbar werden sollen unsere Forderungen und Wünsche zur Verbesserung der Lebenssituation“

Wer der Perspektive, die andere bestimmen, ausgeliefert ist, ist fremd. Der Blickwinkel entscheidet. Wer bleibt unsichtbar, wer bekommt die Deutungsmacht? Medien zum Beispiel erzählen Geschichten. Es ist nicht das Ereignis selbst, das Nachrichtenwert hat, sondern es ist die Geschichte, die sich damit erzählen lässt. Jeder Fernsehbericht ist ein Dramolett; mit einem Rahmen, einer Handlung und bestimmten Rollen. Zwar ist der Text den RolleninhaberInnen freigestellt, die Auswahl der AkteurInnen, der Textausschnitte und die Montage bleibt Aufgabe der Redaktion. Im Bild manifestiert sich deren Blick, diese eine Perspektive, die den Rahmen der Erzählung setzt. Der Rahmen wird durch eine Entscheidung gebildet: Wer besitzt Subjektstatus? Wer Subjekt ist, darf sprechen und besitzt die Deutungsmacht. So entstehen Handlungsanleitungen.



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

Es ist wohl kein Zufall, dass „Sichtbar Werden“ zum Motto gewählt wurde. Der Demokratietheoretiker Pierre Rosanvallon argumentiert, dass „nicht wahrgenommen“ werden „ausgeschlossen sein“ bedeutet. Deshalb sei heute die Sehnsucht nach einer gerechten Gesellschaft verbunden mit dem Wunsch nach Anerkennung. Und genau hier müsse, so Rosanvallon, auch eine Erneuerung der Demokratie ansetzen: bei jenen, deren Leben im Dunkeln bleibe, die nicht repräsentiert werden, die nicht sichtbar sind. Um diese Grenze der Respektabilität wurden in der Geschichte die wichtigsten Auseinandersetzungen geführt. Durch die seit den fünfziger Jahren erkämpfte Teilhabe an Wohlstand, Bildung und sozialer Sicherung wurde die große Mehrheit der Arbeitnehmer und kleinen Selbständigen in diese soziale Mitte der Respektabilität integriert. Dieses Sozialmodell steht heute wieder zur Disposition. Mehr Abhängigkeit und weniger Anerkennung prägen den Arbeitsalltag. Anerkennungsverhältnisse spielen eine wichtige Rolle.

Das Wort zu ergreifen heißt nicht fürsprechen, sondern selbst sprechen. Wenn Ausgeschlossene die eigene Lebenswelt sichtbar machen, schaffen sie einen Ort, von dem aus sie sprechen können. Der Vorhang öffnet sich zu einer Bühne, auf der die eigene Geschichte eine eigene Deutung – und zugleich Bedeutung – erfährt. Die das Wort ergreifen, können zur Sprache bringen, wer sie sind – und wer sie sein können.

SONDERECHE

Die Grenzkrise

Österreich hat die Krise, weil Asyl nicht europäisiert wurde.

UM DIE ECKE GEDACHT MIT
PHILIPP SONDEREGGER
Illustration: Petja Dimitrova

In Spielfeld überrennen Ausländer die Grenze. Soldaten des Bundesheeres mit roten Warnwesten breiten hilflos die Arme aus. Vergebens, hunderte Flüchtlinge strömen seitlich an ihnen vorbei. Das macht den Österreicher fertig. Tagelang ringt das Land um Fassung. Da missachten Fremde den Befehl von Heer und Polizei und werden nicht sogleich bezwangsmäßig? ES GEHT UM UNSER LAND! UM UNSERE GRENZEN! (Ein Krone-Redakteur analysiert die Lage auf Twitter, Kapitale im Original).

Österreich hat die Grenz-Krise. Das Ausmaß der Verstörung ist dem jähren Ende einer Selbsttäuschung geschuldet. In einem integrierten Europa - einem gemeinsamen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts - sind Österreichs Grenzübergänge obsolet. Die Binnengrenzen wurden dem freien Verkehr geopfert. Weder Drittstaatsangehörige, noch Flüchtlinge, die einen Asylantrag stellen wollen und schon gar nicht das Kapital sind verpflichtet an österreichischen Grenzbalken Halt zu machen. Nun, da das europäische Asylregime kollabiert ist, tritt diese Erkenntnis kaum übersehbar zu Tage.

Der Zusammenbruch des Asylwesens in Europa kam, weil seine Europäisierung im Konflikt mit nationalen Befindlichkeiten auf halbem Wege stecken blieb. Das Alte wurde verabschiedet, doch das Neue ist noch nicht da. Wenn die Binnengrenzen fallen, dann muss

CLARTEXT



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.

die Rezeption für Flüchtlinge an der EU-Außengrenze stehen - soweit der nachvollziehbare Gedanke der Dublinverordnung: Dort wo ein Flüchtling zum ersten mal europäischen Boden betritt, soll auch die Registrierung und das Verfahren stattfinden. Eine Vereinheitlichung der Standards, wie 1999 in Tampere geplant, darauf wollten sich die nationalen Schrebergärtner dann doch nicht einlassen. Deshalb gibt es in Europa sehr unterschiedliche Standards. Mit der weiteren Konsequenz, dass die Mitgliedstaaten in einen Wettbewerb der Verschlechterung eingetreten sind. Wenn es den Flüchtlingen in anderen Ländern besser ergeht, dann ziehen sie ohnehin weiter. Nur Angela Merkel scheint die Sprengkraft dieser Logik zu begreifen und die Kraft aufzubringen, ihr etwas entgegen zu halten.

Als der Europäische Gerichtshof nicht mehr mitspielte und Griechenland sowie partiell Italien und Ungarn zum unsicheren Land für Flüchtlinge erklärte, kam tatsächlich das Ende. Flüchtlinge sind angehalten, offizielle Grenzübertretsstellen in die EU zu nutzen und sich dort fürs Asylverfahren registrieren zu lassen. Doch es gibt keinen Plan B. Wenn ein Land keine Registrierung vornimmt, sind die Flüchtlinge frei in ihrer Entscheidung, wo in Europa sie ihren Antrag einbringen. Die saubere Lösung liegt auf der Hand. Ein europäisches Asylverfahren, das allen viel Geld, Ärger und Menschenrechtsverletzungen erspart.

Realitätsverweigerung

Die Flüchtlinge sind gekommen, um zu bleiben. „Asyl auf Zeit“ wird das nicht ändern.

CLARA AKINYOSOYE SAGT ES NICHT DURCH DIE BLUME. EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT UND MIGRATION. Illustration: Petja Dimitrova



Clara Akinyosoye ist freie Journalistin und Ex-Chefredakteurin von M-Media.

Realitätsverweigerung kann manchmal ganz nützlich sein. Zum Beispiel wenn man in einem Gasthaus in Wien Brigittenau beim Schnitzel sitzt und am Nachbarisch eine Frau über böse Medien schimpft, die „allerweil nur Kinder zeigen“ auf den Straßen, treibend im Meer, lebendige Kinder, tote Kinder. Kinder, Kinder, Kinder. Sie, offenbar brave Österreicherin, könne schon keine Kinder mehr sehen. Da kann Realitätsverweigerung den Abend retten, wenn man sich der Tirade durch einen Raumwechsel entzieht und sich sagt, dass Leute wie sie nicht in der Mehrheit sind. Aber dieser kleine Rückzug aus der Realität ist nichts im Vergleich zu dem, was die Politik in der Flüchtlingsfrage gerade tut. Mit der „Asyl auf Zeit“-Regelung soll Asyl nur noch für drei Jahre gelten. Wenn kein Asylgrund mehr vorliegt, müssen die Menschen Österreich wieder verlassen. Und in der Zwischenzeit ist Integration gefragt. Integration, in ein Land, das ihnen Schutz aber keinen Neuanfang verspricht. Integration in eine Gesellschaft, die ja glauben muss, dass viele dieser Flüchtlinge nicht bleiben werden. ArbeitnehmerInnen werden das glauben und WohnungsvermieterInnen. Schon jetzt haben Menschen, denen nicht Asyl im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention, sondern ein befristeter subsidiärer Schutz gewährt wird, Probleme bei der Integration in den Arbeits- und Wohnungsmarkt. Wer nicht sagen kann, ob er in zwei, drei Jahren

noch im Land verweilen darf, mit dem kann man schwer langfristig planen. Doch genau das braucht es für Integration. Die Flüchtlinge müssen eine neue Sprache lernen, vielleicht neue Bildungswege einschlagen und Arbeit finden. Österreich muss die Rahmenbedingungen schaffen, Wohnraum, Arbeitsplätze, Bildungsangebote, und für Verständnis und Zusammenhalt werben. Doch wenn es heißt, dass die Menschen, die da kommen, hier nur rasten und warten, aber nicht bleiben sollen? Hand aufs Herz, was sind wir bereit zu investieren? Syrien wird so bald nicht sicher sein, die Flüchtlinge werden daher in Österreich bleiben. Angesichts der Tatsache, dass die Asyl-auf-Zeit-Regelung ihnen die Eingliederung in die Gesellschaft erschweren wird, muten die Forderungen nach Integration zynisch an. Und das beliebte Lamento über die von der Politik verabsäumte Integration der GastarbeiterInnen scheint vergessen. Heißt es doch stets: Die heutigen Integrationsprobleme rührten daher, dass verabsäumt wurde, den Menschen Deutsch beizubringen, dass man eben dem Irrglauben aufgesessen war, dass die MigrantInnen wieder in ihre Heimat zurückkehren würden. Sie blieben. Jahrzehnte später könnte man es eigentlich besser wissen, weiser handeln. Doch man wiederholt bereitwillig die Fehler aus der Vergangenheit.

POPULÄRKULTUR

FILM



Last Shelter

Eines der denkwürdigsten Kapitel der Flüchtlingspolitik in Österreich erzählt dieser Film: Regisseur Igor Hauzenberger folgte über 3 Jahre lang der Gruppe

von Refugees, die sich im November 2012 aus Traiskirchen zu einem Protestmarsch in das 35 Kilometer entfernte Wien aufgemacht haben. Es ist die erste selbstorganisierte Artikulation von Flüchtlingen in Österreich, die Teilnehmenden protestieren gegen katastrophale Zustände durch Überbelegung im Lager Traiskirchen und stellen allgemeine Forderungen wie die rasche Arbeitserlaubnis von AsylwerberInnen. Die Besetzung der Votivkirche, die polemisch geführte Mediendebatte,

ein an der Grenze zur Überforderung stehender Kardinal Schönborn, eine äußerst engagierte Zivilgesellschaft und mit Nadja Lorenz eine Menschenrechtsanwältin, die auf geradezu heroische Weise durch einen Polizeicordon ihren Mandanten zu vertreten versucht, sind einige der ProtagonistInnen dieses faszinierenden Stücks Zeitgeschichte. Vor allem aber gestalten die aus Afghanistan und Pakistan stammenden Flüchtlinge diese Erzählung: Numan, Adalat oder auch Shajahan beweisen

Mut, wenn sie sich als Sprecher der Bewegung exponieren und entwickeln zwischen Hoffnung und Hungerstreik eine charismatische Präsenz und eine intime Nähe in diesem Film, die einen auch nachher noch begleitet. Ein eindrücklicher Film über politische Subjekte – und Menschen. *gun*

Igor Hauzenberger

Last Shelter

Im Kino ab 27. November.

BUCH



Orte des Terrors

„Im Schatten der Ringstraße“ heißt der ungewöhnliche Reiseführer der beiden JournalistInnen Eva Maria Bachinger und Gerald Lehner. Es geht um die Orte des Naziterrors, um die braune Topografie Wiens. Das Buch führt seine LeserInnen weit über den Ring hinaus, zu den Gebäuden, Plätzen und Straßen, wo hingerichtet, vertrieben und deportiert, arisiert und aufmarschiert wurde. In der Realität bleibt diese Topografie des Schreckens oft genug unsichtbar. Würde man die Orte unbefangen aufsuchen, man würde nicht immer etwas

über ihre Geschichte erfahren. Gedenktafeln sind selten, wie der Reiseführer oft genug feststellen muss.

Bachinger und Lehner führen u.a. in die Donaustadt, nach Kagran. Der heutige Donaupark war schon zu Kaisers Zeiten, seit 1871, ein Schießplatz. Auch das NS-Regime nutzte den Platz für Schießübungen und 1940 bis 1945 für Hinrichtungen. Dort, wo 1964 die Bundesgartenschau stattfand, wurden Schätzungen zufolge 129 Menschen ermordet, vor allem politische Widerstandskämpfer, aber auch Homosexuelle. Am 31. Oktober 1944 starben Johann Zak und Hermann Plackholm gebunden an Pfähle durch ein Exekutionskommando. Sie waren mit 44 Kollegen wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verurteilt worden. Zak und Plackholm waren Wiener Feuerwehrmänner. 600 Kameraden wurden gezwungen, ihrer Ermordung zuzusehen. Die Wiener Straßenbahn stellte Sonderzüge zur Verfügung. Auch

Franz Pascher, Johann Perthold und Oskar Schlaf warteten an diesem Tag gefesselt auf ihre Hinrichtung. Schließlich wurde ihnen mitgeteilt, sie seien begnadigt, man brachte sie nach Mauthausen zurück. An diese Grausamkeiten erinnert im Donaupark heute nur eine Tafel, ohne jedoch Namen zu nennen. Das Buch von Bachinger und Lehner gibt den Ermordeten die Namen zurück. Das ist eines der Verdienste dieses ungewöhnlichen Reiseführers. Das Wesentliche ist aber, dass man mit seinem Wissen Wien mit anderen Augen sehen kann. Es ist der dritte Band der „Im Schatten“-Reihe des Czernin Verlages. Die Reihe widmet sich der Nazi-Geschichte bekannter Orte. Bisher erschienen „Im Schatten der Mozartkugel“ über Salzburg und „Im Schatten von Hitlers Heimat“ über Oberösterreich. *joh*

Eva Maria Bachinger, Gerald Lehner
Im Schatten der Ringstraße
Czernin Verlag 2015
328 Seiten, 23,90 Euro

BUCH

Network Orange

Eine Dystopie der besonderen Art: In sachlichem, wenngleich ironisierendem Tonfall entwirft Autor Thomas Raab eine Welt, die unserer gleich und doch ganz anders strukturiert ist. Angesiedelt in der Hauptstadt eines Unionsstaates in naher Zukunft entwirft der Psychologie-Prof. Franzer mit einigen StudentInnen einen automatischen Netzwerk-Therapeuten, der Ausdruck einer durchorganisierten Gesellschaft ist, die von Vereinzelung und einem totalistischen feel-well-Auftrag durchzogen ist. Aufbegehren kündigt sich an, als drei der Studierenden nicht mehr reibungsloser Teil dieser Maschine sein wollen. Ein Buch, das durch seinen krypto-wissenschaftlichen Tonfall und das Brodeln darunter irritiert. *red*

Thomas Raab
Die Netzwerk-Orange
Luftschacht Verlag
326 Seiten, 24,90 Euro

POPULÄRKULTUR

FILMFESTIVAL



This Human World

Das Kino zu einem Blick in die Welt werden zu lassen ist einer der Aufträge, dem sich das Festival „This Human World“ seit Jahren verschrieben hat. Vom 3. bis 11. Dezember kann dieser Blick wieder geschärft werden: was sich aus medialer Sicht als randständig und in knappen Schlagzeilen präsentiert, nimmt bei diesem Festival Gestalt an,

in Form von reichhaltigen Biographien, von beeindruckenden Erzählungen und von komplexen Realitäten, die bei uns oft nur als knappe Meldungen abgehandelt

werden. Was passiert etwa, wenn die Dürre eine Region heimsucht? Wie reagieren die Menschen und – wie immer in Notsituationen – welche Profiteure gibt es? Der brasilianische Dokumentarfilm „Drought“ erzählt über die schlimmste Wasserversorgungskrise, die Sao Paolo in vielen Jahren erlebt hat. Die Doku „Spartacus & Cassandra“ begleitet zwei

Jugendliche, die als Angehörige der Roma in Frankreich ihr Auslangen suchen. Ihre Eltern ohne Wohnung und ohne finanzielle Mittel, erweisen sich als überfordert, dennoch sucht diese Familie so etwas wie Normalität. Ein intimer Film, der auf Hoffnung baut. In den vergangenen Jahren entstand eine ganze Reihe von Filmen über Flucht. Wer sich fragt, wer die Menschen aus Syrien sind, die nun nach Europa kommen, kann einige der Geschichten hier erleben. „Haunted“ berichtet von Kriegschaos und dem Verlust von Sicherheiten, von verwüsteten Wohnungen und zerrüt-

teten Psychen. Mit den Aufnahmen dieses Films, die oftmals improvisiert und unmittelbar wirken, wird man zum Augenzeugen vor Ort, niemand ist hier unbeteiligt. Einem jungen Paar aus Syrien folgt „A Syrian Love Story“ über fünf Jahre lang – zwei ehemalige Assad-KritikerInnen, die am Ende in Frankreich stranden, zwischen dem Wunsch, in ihrem Land etwas zu bewegen und dem Bedürfnis nach Frieden. Ein Festival-Schwerpunkt ist der Textilbranche gewidmet. Die Arbeit in der Bekleidungsindustrie wird durch Diskussionen über Fair Fashion u.a. begleitet. *red*

BUCH



Die Wahrheit über Bio-Zertifikate

Das Fragezeichen nach dem Bio im Titel bezieht sich natürlich nicht auf eine grundsätzliche Skepsis gegenüber biologischer Landwirtschaft. Im Zweifel pro Bio, hat der biorama-Herausgeber Thomas Weber einmal gemeint, er hat in diesem Buch auch ein Nachwort verfasst. Das Fragezeichen bezieht sich auf eine hochinteressante und bei uns eher noch wenig bekannte Praxis: die der

Zertifizierung. Wie kommen all die schönen und um unser Vertrauen werbenden Gütesiegel mit den fantasievollen Namen oder geheimnisvollen Abkürzungen auf die Bio-Lebensmittel, die wir kaufen? Peter Laufer wandelt zwischen den USA, Europa (auch Wien) und Asien, wenn er dieser Sache auf humorvolle Weise nachgeht und dabei für die LeserInnen allerlei nützliche, grundsätzliche Gedanken und in Nebenbemerkungen einiges Aufschlussreiches über die Bio-Produktion zu Tage fördert. Dass viele der Zertifikate, also die Kontrolle der Lebensmittel, letztlich von jenen finanziert werden, die sie auch herstellen, ist dabei der rote Faden von Laufers Erzählung. Ein Gefühl von Verrat schwebt in der Luft, wenn man diese Seiten liest, doch Laufer erweist sich als Erzähler und Beobachter mit Augenmaß. Er recherchiert gründlich und fragt hart-

näckig nach, bei VertreterInnen der Zertifizierungen ebenso wie bei „Zurück zum Ursprung“ Guru Werner Lampert, bei italienischen Bio-Oliven-Bauern, dem Waldviertler Bio-Karpfenproduzenten Maßmer oder auch bei Autorenkollege Clemens Arvay, der sich als strikter Verfechter einer möglichst unverfälschten Bio-Lehre einen Namen gemacht hat. Am Ende erzeugt die Lektüre einen produktiven Zweifel über bestimmte Regelungen von organic food; einen fundierten Einblick über einen kaum bekannten und hinterfragten Bereich und das Wissen über wichtige Details – etwa dass Bio in der EU (fast) nie 100 Prozent Bio bedeutet. Ein erkenntnisreiches Buch in launiger Tonlage. *gun*

Peter Laufer
Bio? Die Wahrheit über unser Essen
 Residenz Verlag 2015
 286 Seiten, 19,90 Euro

FILM



Einer von uns

Ein Tipp: Seit 20. November ist in den Kinos das Drama „Einer von uns“ zu sehen. Der Film (Regie: Stephan Richter, produziert von Arash) thematisiert die Tötung eines 14-Jährigen durch einen Schuss in den Rücken aus der Waffe eines Polizisten. Der Tod des Jugendlichen, der abends mit einem Freund in einen Supermarkt eingebrochen war, sorgte für heftige Diskussionen. *red*

Seit 20. November im Kino.

POPULÄRKULTUR

BUCH



Der Fluchthelfer

„Beim UN-Flüchtlingshilfswerk war er der Mann für die harten Fälle“, heißt es in der Autoren-

zeile in Kilian Kleinschmidts eben erschienener Publikation. Und tatsächlich liest sich das Buch wie ein Abenteuerroman, durch den sich der Protagonist von einer brenzligen Situation zur nächsten bewegt. Ein Überfall in Uganda, eine Hilfsaktion in Pakistan für die vor den Taliban fliehenden Menschen, kritische Erlebnisse in Mogadischu, Sarajevo und im Sudan. Kleinschmidt räsoniert nicht so sehr über humanitäre Katastrophen und eine scheiternde internationale Politik, sondern berichtet aus dem Epizentrum des Ge-

schehens, in dem er selbst immer als Akteur, Augenzeuge und Erzähler auftritt. Da darf auch ein Kapitel nicht fehlen, in dem der Autor sich selbst beschreibt, seine Experimente als Ziegenhirte und Kommunarde und später die ersten Kontakte zu Entwicklungshelfern auf einem Motorradtrip durch Afrika. Eines der eindrucklichsten Kapitel ist jenes, in dem Kleinschmidt seine Zeit im jordanischen Flüchtlingslager Zaatari beschreibt, wo 80.000 Menschen quasi in der Wüste leben. Die Angst, die unter den Helfern vor

aufständischen Flüchtlingen umging und die Lehren, die der Autor in Gesprächen mit ihnen zog. Wie fundamental falsch die Flüchtlingshilfe aufgezo- gen war, weil sie die Flüchtlinge unisono nach einem Gemeinschaftsprinzip wahrnahm und versorgte, das es überhaupt nicht gibt. Das sind interessante Einblicke des Autors, der mittlerweile in Wien lebt. *red*

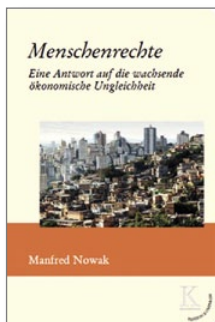
Kilian Kleinschmidt

Weil es um die Menschen geht.

Econ Verlag 2015

352 Seiten, 20 Euro

BUCH



Gutes Leben für alle

In Westeuropa werden die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte gerne stiefmütterlich behandelt. Doch mit den Menschenrechtspakten haben sich alle Staaten verpflichtet, unter maximaler Ausnutzung ihrer Ressourcen alle Menschenrechte fortschreitend umzusetzen. Der renommierte Experte für Internationales Recht, Manfred Nowak, führt in seinem Buch aus, dass Staaten nicht nur sicherstellen müssen, dass alle Bevölkerungsgruppen in den Genuss der Leistungen

sozialer Sicherheit kommen, also von Gesundheit, Ernährungssicherheit und Bildung. Vielmehr hätten sie sich verpflichtet, diese Standards schrittweise zu erhöhen. Da die neoliberale Privatisierungs-Doktrin zunehmend Ungleichheit produziert und soziale Sicherheit für viele Bevölkerungsgruppen objektiv sinkt, spricht Nowak in diesem Fall von Menschenrechtsverletzungen. Nowak zeichnet diese Entwicklungen auf leicht verständliche Weise nach. Seine Argumentation ist schlüssig, wenn er schreibt: Als einzig universell verbindliches Wertesystem bieten die Menschenrechte das geeignete Instrument, um Ungleichheit abzubauen und dem „Guten Leben für alle“ entscheidende Schritte näher zu kommen. *phs*

Manfred Nowak

Menschenrechte. Eine Antwort auf die wachsende ökonomische Ungleichheit

Edition Konturen 2015

176 Seiten, 24 Euro

BUCH



Was Linke denken

„Ist es denn überhaupt wahr, dass es so etwas wie ein einigermaßen konzises linkes Denken nicht mehr gibt? Folgt all das, was der gemeine Durchschnittslinker so denkt, wirklich bloß ein paar Gefühlen und Gutmenschen-Reflexen?“ Robert Misik denkt auf kurzweilige, bisweilen auch etwas sprunghafte Weise in seinem Buch darüber nach, ob die Linke tatsächlich an einem Ideologieverlust leidet, wie bisweilen moniert wird, und oftmals nur noch weiß, wogegen sie ist, aber kaum mehr

Vorstellungen für eine andere Welt zu entwickeln vermag. Ohne etwas vorwegzunehmen: Der Autor schließt sich dieser Ansicht nicht an und streift entlang vieler Stimmen, die recht bunt zusammengesetzt sind, die Stärken und Schwächen linker politischer Debatten. Da kommen Kurt Tucholsky und Yanis Varoufakis ebenso zu Wort wie die GesundheitswissenschaftlerInnen Wilkinson und Pickett („Gleichheit ist Glück“) oder die Mitbegründerin der post-colonial studies, Gayatri Spivak, sowie der italienische Demokratie-Theoretiker Norberto Bobbio. In acht Kapiteln zieht Misik seine gedanklichen Fäden von Marx über Gramsci bis zu den Poststrukturalisten, wenn er Kapitalismuskritik aufgreift, Zeichentheorie erklärt und munter Diskurs-Exegese betreibt. *red*

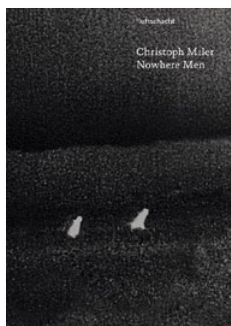
Was Linke denken: Ideen von Marx über Gramsci zu Adorno, Habermas, Foucault & Co

Picus Verlag 2015

160 Seiten, 12 Euro

POPULÄRKULTUR

BUCH



Nowhere Men

Eine in ihrer Konzeption herausstechende Publikation zum Thema Flucht. Originell kompi-

liert, auf den ersten Blick mysteriös, aber zugleich penibel erarbeitet: ein Projekt, das mit 200 Schwarzweiß-Bildern unsere ganze Welt in einen Zusammenhang setzt: von der Smog-Kapitole Shanghai über General-Motors-Boss Bob Lutz, der aus seinem Cabrio in die Kamera lacht, bis zu Schweizer Kampagnen-Plakaten und robotergesteuerten Lagerhallen. Das sind die Eckpunkte einer globalen Ökonomie, zwischen denen sich Christoph Milers „Nowhere Men“ bewegen. Sechs Erzählungen von Mi-

grantInnen, die man in Schlaglichtern entdecken, erlesen, durchforsten kann. Miler präsentiert keine durchgehenden Lebensbiographien, gruppiert deren Lebensphasen in drei Teilen: „Daheim“, „Am Weg“ und „Neuland“. Auf diese Weise strukturiert sich die Geschichte von Bidemi, Gulisa und den anderen entlang der Umwelt, die die Menschen vorfinden. Man könnte auch an jeder beliebigen in dieses Buch hineinlesen und beobachten, wie sich das Geschehen a-chronologisch und episodisch entfaltet.

Erzählt wird in Ich-Form und in möglichst direkter Sprache, das Unmittelbare Erleben steht im Mittelpunkt, belehrende Kommentare kennt dieses Buch nicht. Die Schauplätze spannen sich um die Welt, von Kuwait, Tiflis, dem Irak, Mumbai über die Orte des Wohlstands in die Schweiz bis nach Disneyland. Eine faszinierende Kompilation, eine Entdeckung. *gun*

Christoph Miler
Nowhere Men
 Luftschaft Verlag 2015
 334 Seiten, 23,20 Euro

BUCH

Offen für Kritik?

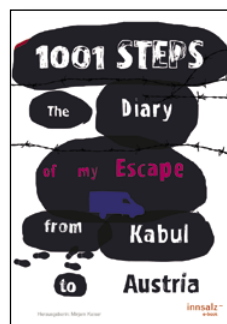
„Dieses Buch ist ein Muss für jene, die schon immer vermutet haben, wie schön diese Welt ohne Neoliberalismus sein könnte“, schreibt der Lobbyist Franz Schellhorn in einer Rezension ironisch. Nun, die Welt ist auch mit Neoliberalismus nicht so besonders schön. Die Idee, dass der absolut freie Markt, entfesselt von staatlichem Einfluss, Wohlstand für alle ermöglicht, wenn jeder nur genug leistet, ist eine Illusion. Es sei jedem unbenommen, Illusionen nachzuhängen. Zum Problem wird das, wenn man seine eigenen Illusionen absolut setzt und Kritik als Blasphemie an dieser Neo-Religion ansieht. Im schmalen Band „Neoliberalismus“, herausgegeben vom langjährigen „Standard“-Chefredakteur Gerfried Sperl, bieten AutorInnen wie der Historiker Philipp Ther, die Schweizer Politologin Regula Stämpfli oder die deutsche Mode-Theoretikerin Barbara Vinken einen Über-

blick über die historische Entwicklung und den Ist-Zustand des Neoliberalismus. „Neoliberal“ ist in der Debatte zu einem Schimpfwort geworden, obwohl die Uridee – den Wettbewerb zu schützen, dem Einzelnen neue Chancen zu öffnen – gut gemeint war. Der liberale Grundwert Freiheit wird missbraucht für eine große Entgrenzung und maximalen Profit. Die Folgen sind Ausbeutung von Mensch, Tier und Natur. Der Band zeigt auf, dass sich Neoliberalismus mittlerweile in allen Lebensbereichen eingeschlichen hat, von der Mode, Emanzipation bis zur Reproduktionsmedizin. Manche Texte sind amüsant zu lesen, andere informativ und horizontweiternd, für Kritiker, aber auch für Fans des Neoliberalismus – falls sie offen für Zweifel und Kritik sind.

Eva Bachinger

Gerfried Sperl (Hg.)
Neoliberalismus
 Czernin-Verlag 2015
 112 Seiten, 14 Euro

EBOOK



1001 Steps

Ein e-book, auf Farsi verfasst und ins Englische übersetzt: Die Geschichte des 16-jährigen Amir, der sich im Februar 2015 auf die Flucht aus Kabul macht und Monate später in Traiskirchen, Österreich, ankommt. Was der junge Mann erlebt, in Teheran, in Thessaloniki, in Mazedonien und Ungarn, zeichnet er in seinem Tagebuch auf. Vieles davon liest sich vor dem Hintergrund täglicher Berichte der Fluchtbewegungen gewissermaßen wie die Umkehr der medialen Perspek-

tiven, aus denen wir die Welt-politik verfolgen: Hier berichtet ein Mensch, wie es ihm ergeht, ganz konkret, aus seinen Empfindungen, ganz konkret von einem ganz bestimmten Ort. Polemiken und die „großen politischen Fragen“ lösen sich hier auf, wenn das Geschehen auf eine Erfahrung heruntergebrochen wird. Dabei geht es nicht um erlebtes Leid, um Tote am Weg, und auch die Verwaltungstechniken, denen der Mensch unterworfen wird. „We got bracelets with numbers. My number was 31999“x, schreibt Amir über seinen Aufenthalt in Ungarn. 1001 Steps ist ein Augenzeugenbericht von der vordersten Front. *Red*

Mirjam Kaiser (Hg.)
1001 Steps: The Diary of my Escape from Kabul to Austria
 edition innsalzburg 2015
 53 Seiten, 3,99 Euro

„Eine unbequeme Zeitung. Aber deshalb abonniere ich sie ja.“

**3 WOCHEN
GRATIS
TESTEN!**

DER STANDARD



Jederzeit kündbar –
mit SoftStorno



Das wahrscheinlich
flexibelste Abo der Welt



Das Wichtigste des Tages:
Qualität im Handformat

DIENSTAG, 15. SEPTEMBER 2015 | ÖSTERREICHS UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG | HERAUSGEGEBEN VON OSCAR BRONNER



Die Zeitung für Leserinnen und Leser

DER STANDARD verbessert
Ihre Lebensqualität

Waidegg – Das Handformat macht mit der Aktion „Jetzt 3 Wochen gratis testen“ derzeit von sich reden. Max Manus, Österreichs führender Hersteller von Handtellern in Originalgröße, bezichtigt den STANDARD, seine Kompakt-Ausgabe im Handformat in Anlehnung an seine linke Hand gestaltet zu haben. Eine Klage wird in zweiter Instanz in Erwägung gezogen, in erster Instanz ist sie bereits abhandgekommen. Derzeit geht man in belesenen Kreisen davon aus, dass das Handformat an sich wohl schon fast so alt ist, wie die Hand selbst – oder doch so alt wie das beliebte Gesellschaftsspiel „Sche-re, Stein, Papier“, in dem jedes Handformat ein anderes schlägt.

dem Thema gesagt haben, viel eher jedoch stammt die Aussage von dem Rapper HaHaND\$, dem Drechsler handfester Sprüche. Aus heimischen Politikerkreisen war zuletzt wenig zu vernehmen, nicht zum Thema Handformat, sondern ganz allgemein.

Ein neuerliches Gutachten der Argru HAND (Heutige Angehende Neue Denker) will nun einen Zusammenhang zwischen dem Lesen des Handformats in kritischen Kreisen und der Handlichkeit unbegabten Journalismus im Allgemeinen herstellen, was wohl insofern als gegeben zu erachten ist, als die Neuen Denker überdurchschnittlich häufig auch Abonnenten einer gewissen



E-PAPER

KOMPAKT

Flexibel im Format, unbeugsam im
Inhalt. Jetzt 3 Wochen gratis lesen.
Gleich bestellen unter:
derStandard.at/Testlesen



Die Zeitung für Leser

SOS MITMENSCH

TEXT: ALEXANDER POLLAK

DEMOKRATIE

Mehr als 1.200 WahlsiegerInnen

Die Beteiligung an der von SOS Mitmensch organisierten Wiener Pass Egal Wahl übertraf sämtliche Erwartungen. Innerhalb von nur 5 Stunden gaben 1.223 WienerInnen ohne österreichischen Pass ihre Stimme ab. Hinzu kamen zahlreiche Solidaritätsstimmen von ÖsterreicherInnen. Viele hatten ein Lächeln auf dem Gesicht, als sie das Wahlkuvert in die Urne einwarfen. Alle fühlten sich als WahlsiegerInnen. Zwischenzeitlich war die Schlange vor dem

Wahlzelt mehr als 200 Meter lang. Bis zu einer Stunde warteten die WählerInnen geduldig auf die Stimmabgabe. SOS Mitmensch fordert, dass Menschen, die sich an der Demokratie beteiligen wollen, nicht länger ausgegrenzt werden. Spätestens nach drei Jahren Aufenthalt soll es ein Wahlrecht geben. Darüber hinaus sollen auch die ausgrenzenden Einbürgerungsbestimmungen überarbeitet werden.



Lange Warteschlange vor der „Pass Egal“ Wahl.

BILDUNG

Sprachblockade



Kronen-Zeitung über das Maturafach Türkisch.

Unterrichtsministerin Gabriele Heinisch-Hosek zeigte sich begeistert: „Ich beneide euch so sehr um eure Muttersprachen“,

sagte die Ministerin bei einem Treffen mit mehrsprachigen SchülerInnen. Es ist dieselbe Ministerin, die abblockt, wenn es darum geht, dass Jugendliche endlich auch im Sprachenfach Türkisch maturieren können. Dabei hatte es noch 2014 Hoffnung auf eine Aufhebung der Türkisch-Blockade gegeben. Ausgelöst durch eine von SOS Mitmensch durchgeführte Befragung unter SchuldirektorInnen, brach eine öffentliche Diskussion über die Einführung von Türkisch als zusätzlich wählbares Sprachenmaturafach aus.

Fast drei Viertel der AHS-DirektorInnen sprachen sich dafür aus. Auch diverse LandesschulrätInnen von SPÖ und ÖVP sowie

die beiden großen Schülerorganisationen gaben positive Stellungnahmen ab. Sogar die Kronenzeitung brachte einen wohlwollenden Bericht über eine Wiener Abendschule, die Türkisch im Rahmen eines Schulversuchs anbietet. Unter dem Eindruck der Debatte erfolgte von Seiten des Unterrichtsministeriums die Ankündigung, dass Reformen kommen und mit Wintersemester 2015/16 ein Lehramtsstudium Türkisch in Graz starten würde. Seitdem ist nichts geschehen. Kein Lehramtsstudium. Keine Änderung im Sprachenlehrplan. Stillstand. Ein Armutszeugnis für die Regierung und ganz besonders für die Unterrichtsministerin.

Protest gegen Asylverschärfung

Innerhalb kurzer Zeit sind Tausende einer Initiative von SOS Mitmensch gefolgt und haben ein Protestschreiben gegen neue Asylschiikanen und die Trennung von Familien an die Regierung und das Parlament gerichtet. Auch in schwierigen Zeiten brauche es Lösungen für Menschen und nicht Schikanen gegen Menschen, so der Inhalt des Schreibens.

Zukunftsbudget bringt Arbeitsplätze

Die zivilgesellschaftliche Allianz „Wege aus der Krise“ hat erneut einen alternativen Budgetvorschlag für Österreich präsentiert. Das Zukunftsbudget 2016 soll zur Stärkung von Menschenrechten, Umweltschutz und zur Schaffung von mindestens 160.000 neuen Arbeitsplätzen beitragen. Infos auf <http://www.wege-aus-der-krise.at/>

Auszeichnung für Spendensujet

Das neue Spendensujet von SOS Mitmensch hat eine Auszeichnung erhalten: den bronzenen Columbus des Direct Marketing Verbands Österreich. Erdacht und realisiert wurde die Idee von der Werbeagentur PKP BBDO. Für die pro bono Betreuung bedanken wir uns sehr herzlich und freuen uns über den Erfolg!



Gedenktafel: Ausschnitt aus dem Spendensujet.

ANDERE ÜBER ...

„Deine Flüchtlinge sind anders“

Ich nehme die Flüchtlinge, die ich betreue, so wie sie sind. Ich zeige ihnen, was alles möglich ist. Ohne Tabus.

Kommentar: Tatjana Petrovic



Illustration: Petja Dimitrova

„Deine Flüchtlinge sind ganz anders“, höre ich oft, „wie machst du das?“ „Wie, anders?“, frage ich zurück. „So modern und aktiv, die starten selbst viele Aktionen, machen Radio, nehmen an Workshops von KinoCunTra teil, haben viele österreichische Freunde, einige sprechen sehr gut Deutsch nach nur 10 Monaten.“ Okay, wie mache ich das und was mache ich konkret?

1. Du bist authentisch in dem, was du machst und du machst es gerne. Alles andere funktioniert nicht.
2. Du ZEIGST (ich meine nicht, Du SAGST) in welche Welt die Menschen gerade gekommen sind, eine Welt, die frei ist, die Möglichkeiten bietet, die niemanden ausschließt. Wo Menschen helfen und an dir Interesse haben, wo du sein darfst, wie du bist und wo andere sein dürfen, wie sie sind.
3. Du bringst diese Menschen in Kontakt mit anderen Menschen. Mit Menschen, die offen sind, kreativ, die dir menschlich begegnen.
4. Du lässt den Menschen ein bisschen Zeit. Es treffen viele neue Situationen und Werte auf sie, vieles, was sie von Zuhause nicht kennen (es gibt enge Freundschaften zwischen Mann und Frau, es gibt schwule und lesbische Menschen, es gibt Sex vor der Ehe, es gibt Scheidung). Und all das darf sein. Eben weil die Menschen Freiheiten haben.
5. Du kritisierst nicht das, was sie machen und wie sie leben. Du sagst deine Meinung dazu, du diskutierst, du beantwortest alle Fragen, aber du kritisierst nicht – du bist, wie du bist.

Also, was mache ich nun konkret: ich lade meine Freunde ein, das Haus MIGRA zu besuchen, in dem die Flüchtlinge leben. Es sind Freunde die schwul und lesbisch sind, Frauen die frei sind, Musiker, Filmemacher, Künstler. Ich gehe mit den Flüchtlingen zum Schwarzlsee baden und am Strand gehe ich zufällig über den FKK Bereich

und unterhalte mich dort mit nackten Menschen, Frauen und Männern.

Ich lasse die Migranten im CunTra helfen und da sein, damit sie Kontakte knüpfen, damit sie kreative Menschen treffen und Deutsch lernen. CunTra ist ein von mir geleitetes Kunst- und Kulturcafe in Graz, wo Offenheit gelebt wird. Das macht neugierig, man findet schnell Gefallen an der Offenheit. Sehr vieles regelt sich dann von selbst. Migration kennt keine Grenzen, Kunst kennt keine Grenzen. Politik und Religion schon. Ich sage immer: Meine Religion ist Kunst, Bildung und Kultur, und deswegen ist CunTra ein Land für sich selbst. Vielleicht sollte ich darum ansuchen, dass CunTra den Status als eigenes Land erhält, ein solches Land könnte einiges verändern.

Ich bin für alle Fragen offen und ich rede über alles ohne Vorurteile. So etwas wie Tabuthemen gibt es für mich nicht. Wir reden über Sex, über Freundschaften, über Ehe, über Islam, über ISIS, über Politik. Und ich lebe mein Leben so, wie ich es für richtig halte und wer mich kennt, weiß, dass das kein gewöhnliches „frauentypisches“ Leben ist. Auch damit wurden meine jungen arabischen Männer konfrontiert. Ich bin mir ziemlich sicher, dass deren Frauen anders leben.

Ich bin stolz auf „meine Flüchtlinge“. Einer von ihnen schreibt jetzt ein sehr kritisches Buch. Charlie Hebdo hat schon Interesse angekündigt und es wird wahrscheinlich in Schweden veröffentlicht. Zwei andere machen mit mir und ein paar großartigen Künstlern ein Projekt („Briefe aus dem Jenseits“ mit Sandy Lopicic und Darrel Toulon, Mario Tomic und Yannik Renllekniet). Ein anderer Flüchtling startet mit seinem eigenen Geschäft. Und fast alle wollen fertig studieren. Und ich bin auch ein bisschen stolz auf mich – weil ich diese Leute so nehme, wie sie sind und ihnen NUR zu zeigen versuche, was alles möglich ist.

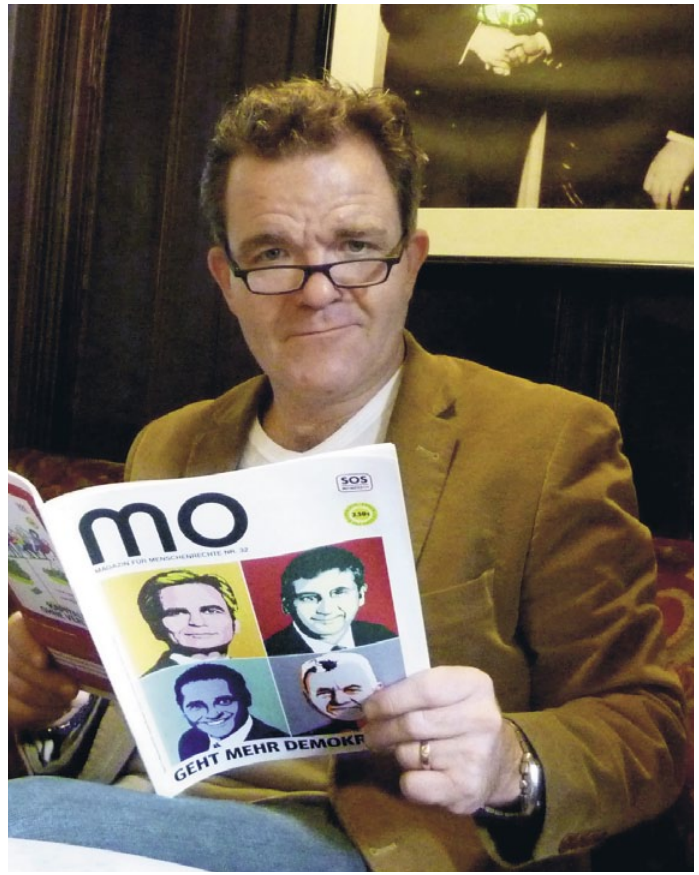
ZUR PERSON

Tatjana Petrovic

Tatjana Petrovic stammt aus Slavonski Brod, einer Stadt zwischen Bosnien und Kroatien. Sie kam 1992 mit ihrem Mann und ihrem Sohn nach Österreich. Sie ist Designerin, Coach, Verhaltens- und Hypno-Therapeutin. Seit 2012 leitet sie das Kunst- und Kulturcafe „CunTra – la Kunsthure“. Petrovic betreut zur Zeit 16 männliche Flüchtlinge in Graz.

**„Menschenrechte gehen
uns alle an. Mir ist die
unabhängige Aufbereitung
von Menschenrechtsthemen
im MO-Magazin von SOS
Mitmensch 86 Euro im
Jahr wert. Ihnen auch?“**

Cornelius Obonya



ABO-BESTELLUNG

MO – Soliabo - 4x jährlich MO lesen um 86 Euro

ZAHLUNGSART

Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich)

IBAN

BIC

Vorname, Name

e-mail

Zahlschein

LIEFERADRESSE

Vorname, Name

Adresse

PLZ | Stadt

e-mail

E-Mail abo@momagazin.at

Fax 01/524 99 00-9

Post SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien



**MO – Die Menschenrechte
im Auge behalten!**



Asyl ist ein Menschenrecht. Arbeit ein Grundrecht. Unterstützen Sie unsere Aktionen für mehr Menschenwürde: IBAN: AT 876 000 000 091 000590 BIC: OPSKATWW
www.sosmitmensch.at



DANKESCHÖN!

An alle unsere InserentInnen, SponsorInnen und SpenderInnen 2015 sowie folgende Spielstätten: Sie tragen dazu bei, dass wir uns für Chancengleichheit und Gleichberechtigung aller Menschen einsetzen können.

